



Attersee Report

Überlieferungen

Thomas Grischany · Was Gesellschaften zusammenhält

Günther Schebeck · Chaos oder verlorene Normalität?

Rolf Stolz · Was die Grünen waren, was sie wurden

Norbert Nemeth · Der Wal



Ausgabe Nr. 12 · August 2017



„Es wird darauf hinauslaufen, dass der Mensch und seine hochkomplizierten Lebensaggregate, die Kultur, wieder verschwinden. In einem Weltraum ohne Sinn gibt es die winzige, befristete Sinnwelt des Menschen wie eine Insel im Ozean, doch auch sie wird von der Entropie langsam aufgefressen.“

aus: Rüdiger Safranski,
Das Böse oder das Drama
der Freiheit

Lori Nix – Library, 2007
Im Besitz der Künstlerin
sowie der Galerie Klüser

Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren!



Ab sofort erscheint der *Attersee Report* im völlig neuen Gewande. Das gilt für das Inhaltliche wie für das Optische. Maßgeblich verantwortlich dafür sind der neue Chefredakteur Jörg Mayer und der Kommunikationsdesigner Dr. Gerhard Rihl, dem ich nicht nur für das neue Logo zu danken habe. Was sich hinter dem *Wal*-Motiv verbirgt, kann der geneigte Leser dieser Ausgabe entnehmen.

An der grundsätzlichen Ausrichtung meiner Präsidenschaft ändert sich freilich nichts, nämlich die Grundlagen der eigenen Politik herauszuarbeiten. Dazu gehört auch eine Analyse der Grundlagen unserer politischen Gegner. Diese gilt es offen zu legen und anzugreifen! Mein besonderer Dank gilt dabei den hervorragenden Autoren, die sich Ausgabe für Ausgabe dieser schwierigen Aufgabe stellen.

Dass diese Grundlagenarbeit in der Tagespolitik eine nicht unerhebliche Rolle spielt, beweist die Debatte rund um die Einführung der sogenannten „Homo-ehe“. Wie Sie wissen, hat der Nationalrat Ende Juni dieses Jahres im Rahmen des „freien Spiels der Kräfte“ einen diesbezüglichen Antrag von SPÖ, Grünen und Neos abgelehnt. Für die einen geht es dabei um den Fortbestand einer positiven Diskriminierung von Menschen, die Kinder zeugen und erziehen wollen, für die anderen um einen Kampf zwischen Gut und Böse – wie es der Grüne Klubobmann Albert Steinhauser formulierte, um dem Plenum die Frage zu stellen, was denn an der gleichgeschlechtlichen Ehe „böse“ sei.



Ich möchte einen vorsichtigen Antwortversuch wagen und festhalten, dass eine Trennung zwischen der christlichen und der staatlichen Ehedefinition sicher nicht dem „Guten“ entspringt, zumal das traditionelle Ehe- und Familienbild – neben dem Privateigentum und der Religion – zu jenen großen Hindernissen zählt, die es laut Friedrich Engels zu überwinden gelte, um die kommunistische Gesellschaft zu errichten. Man kann die Dinge aber auch oberflächlicher betrachten, wie zum Beispiel jener ÖVP-Abgeordnete, der meinte, die Leute könnten ja auch ihre Nachttischlampe heiraten.

Diese kurze Episode aus dem Nationalrat macht klar, wie wichtig es ist, über ein solides ideengeschichtliches Fundament zu verfügen. Die Schulung unserer „Nachwuchshoffnungen“ wird daher ebenfalls ein wichtiges Ziel des neuen *Attersee Report* sein. Ihnen soll für ihre Ideen ausreichend Raum zur Verfügung gestellt werden. Unser neuer, junger Chefredakteur Jörg Mayer ist der beste Garant dafür.

Abschließend möchte ich mich bei seinem Vorgänger Andreas Kirschhofer-Bozenhardt geziemend bedanken. Er hat den *Attersee Report* nicht nur aus der Taufe gehoben, sondern auch für viele Ausgaben verantwortlich gezeichnet. Alle stießen auf ein großes Leserinteresse. Die Latte für unser neues Team liegt daher hoch. Ich bin gewiss, dass sie übersprungen wird.

Herzlichst Ihr
ParlRat Mag. Norbert Nemeth
Herausgeber

Inhalt



Generalthema:

Die Bedeutung des Überlieferungszusammenhangs	6
Was Gesellschaften zusammenhält	8
Auf den Spuren Hans-Georg Gadamers	12
Am Ende der Überlieferung	15



Österreich:

Chaos oder verlorene Normalität?	18
Terrorgefahr und Sicherheitspolitik	23
Freies Spiel - freie Ehe?	27



International:

Was die Grünen waren, was sie wurden	28
Collusion News Networks	33



Feuilleton:

Der Wal	34
Absonderliche Gleichnisse	37
Von Pfeifenrauch und Besonnenheit	41



Besprechungen:

Luxenberg: Die syro-aramäische Lesart des Koran	42
Heinsohn: Geburtendefizit & wirtschaftliches Langzeitrisiko	47
Adharas Stimme	50
Impressum	51

Editorial

Werte Leser!



Überlieferungen sind die Grundlage jeder Kultur. Nur da, wo die Weitergabe der zivilisatorischen Errungenschaften von einer Generation auf die nächste gewährleistet ist, kann Kultur bestehen. Aus dieser Einsicht entspringt die Überzeugung des Konservativen, dass jeder Fortschritt ein Niedergang ist, wenn nicht das Gute der Vergangenheit in ihm aufgehoben bleibt – ein umso schwierigeres Unterfangen, je höher eine Kultur bereits steht, je gedankenreicher, vielschichtiger und reifer ihr Erbe ist.

Das Zitat, das Sie auf der vorigen Doppelseite gelesen haben, entstammt einem Aufsatz Rüdiger Safranskis in dem von Konrad Liessmann herausgegebenen Sammelband *Faszination des Bösen: Über die Abgründe des Menschlichen*. Worum es Safranski geht, ist die Zuerkennung von Entropie und Chaos zum Bedeutungshof des Bösen. Eine Ur-Ahnung dieses Abstiegs „von der Strukturiertheit wieder zur Entstrukturierung, von der Differenz zum Indifferenten, von der geprägten Form zum Materiegestöber“ sieht Safranski in der biblischen Erzählung vom Turmbau zu Babel. Der Hochmut einer Gesellschaft, die keine natürliche Ordnung, keinerlei Schranken mehr anerkennen will, endet zwangsläufig, wie es im Alten Testament den Menschen im Land Schinar ergangen ist, in der babylonischen Sprachverwirrung: Der soziale Körper wird gesprengt, das Volk zerfällt in seine Individuen. Wo jeder nur mehr seine eigene Sprache spricht, ist kein gemeinsamer Bau mehr möglich.



Diesen „babylonischen“ Weg von der Höhe der Zivilisation in die Simplizität der Triebhaftigkeit beschreiten unsere Gesellschaften heute in rasanter Geschwindigkeit. Das Streben nach innerer wie äußerer Grenzenlosigkeit, nach der Aufhebung aller Gegensätze, verdünnt unsere Kultur, bis unter ihrem Firnis die Barbarei hervorbricht. Darum widmet sich das Generalthema dieser Ausgabe des runderneuernten *Attersee Report*, mit der ich mich Ihnen als neuer Chefredakteur vorstellen darf, der Frage nach den Überlieferungen. Thomas Grischan wird sie im Rückgriff auf einen Kernbegriff der Philosophie Hans-Georg Gadamers beleuchten. Daneben verdient ihre Aufmerksamkeit aber auch die Analyse Günther Scheffbecks zum freien Spiel der Kräfte im österreichischen Parlament. Rolf Stolz wiederum gewährt Ihnen einen persönlichen Einblick in die gar nicht so linke Frühgeschichte der Grünen-Bewegung.

Besonders weise ich Sie aber auf den Text *Der Wal* hin, der die Stoßrichtung unserer Zeitschrift umreißt: all das Wertvolle zu verteidigen, das sich hinter dieser Allegorie verbirgt. Die Kapitäne Ahab dagegen, die in ihrer Jagd auf alles Natürliche, auf Familie, Volkstum, Nationalstaat und Kultur keine Rast finden, mögen ihre Schiffe dereinst auf dem Grund des Meeres wiederfinden. Möchte auch der *Attersee Report* ihnen dabei die ein oder andere Planke herausreißen!

So woge weiter, tiefe, blaue See! Zehntausend Walspeckjäger pflügen dich umsonst.

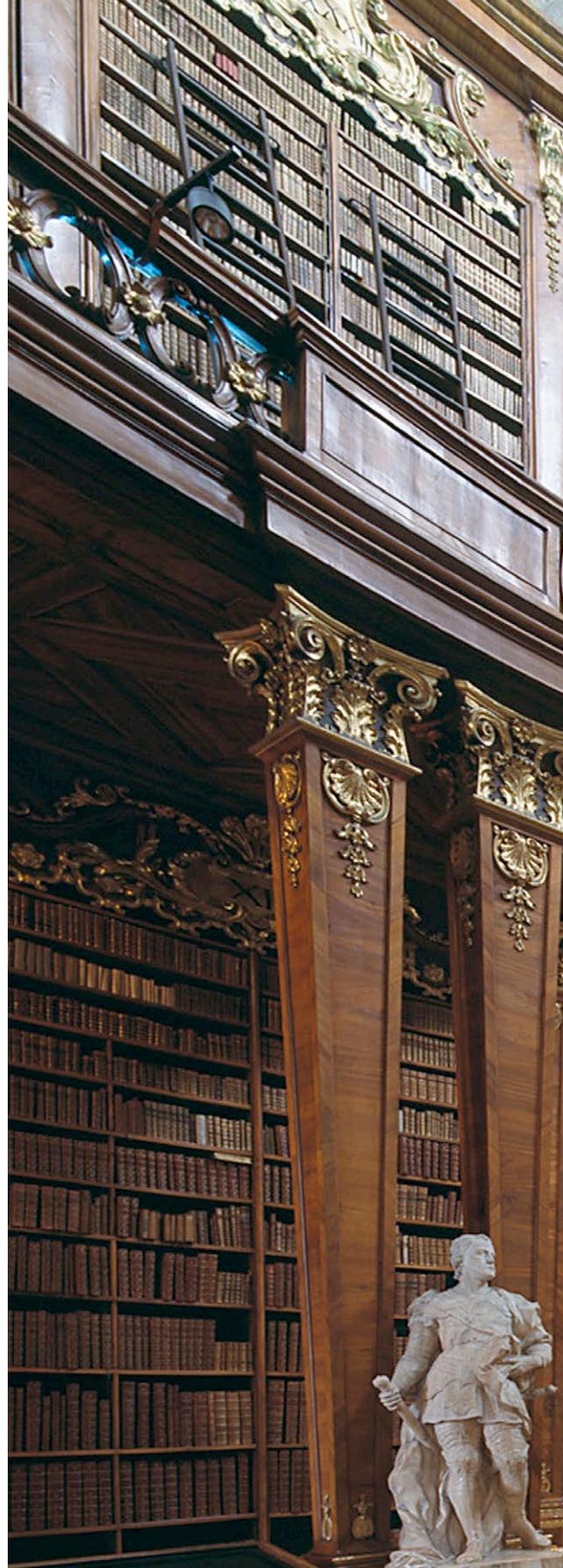
Ihr
Jörg Mayer
Chefredakteur

Die Bedeutung des Überlieferungszusammenhangs



Der Mensch, von Natur aus ein Kulturwesen, kann ohne das Stützskelett, das ihm seine Zugehörigkeit zu einer Kultur und seine Teilhaberschaft an ihren Gütern verleihen, schlechterdings nicht existieren. Aus dem Nachahmen des Kindes wird ein Nachleben, das sich nach einem Vorbild orientiert, man fühlt sich mit diesem Vorbild identisch und als Träger – wie auch als Besitzer – seiner Kultur. Ohne diese Identifizierung mit einem Traditionsspender besitzt der Mensch offenbar kein richtiges Identitätsbewußtsein. Jeder Bauer „weiß, wer er ist“, und ist stolz darauf. Das verzweifelte Suchen nach einer Identität, das heute sogar zum Gegenstand der Tagespresse geworden ist, die *identity problems* der heutigen Jugend sind Symptome einer Störung der Überlieferung kultureller Traditionen. Den von diesem Mangel Betroffenen kann man nur sehr schwer helfen. Wenn ein junger Mensch das geistige Erbe der Kultur, in der er aufwuchs, verloren und keinen Ersatz in der Geistigkeit einer anderen gefunden hat, ist es ihm verwehrt, sich mit irgend etwas und irgend jemandem zu identifizieren, er ist tatsächlich ein Nichts und ein Niemand, wie man heute in der verzweifelten Leere vieler jugendlicher Gesichter deutlich lesen kann. Wer das geistige Erbe der Kultur verloren hat, ist wahrhaft ein Enterbter.

aus: Konrad Lorenz, Die Rückseite des Spiegels



Prunksaal der
Österreichischen Nationalbibliothek
Foto: Hejduk



Generalthema



Was Gesellschaften zusammenhält

Von Thomas Grischany



Ein Paradebeispiel dafür, wie im politischen Diskurs versucht wird, kritische Stimmen durch einseitige und willkürliche Auslegung historischer Evidenz und durch die Verdrehung von Aussagen bis hin zum Rufmord ruhig zu stellen, ist die seit Jahren schwelende Kontroverse um den Berliner Historiker Jörg Baberowski.

Seit Baberowski, Professor für die Geschichte Ost-Europas an der Humboldt-Universität zu Berlin, es gewagt hat, die Einwanderungspolitik Angela Merkels zu kritisieren, versuchen linke Kreise ihn als Rechtsradikalen zu diffamieren. Stein des Anstoßes sind dabei folgende, im September 2015 in einem Interview mit der Frankfurter Allgemeinen Zeitung geäußerten Sätze gewesen:

„Die Integration von mehreren Millionen Menschen in nur kurzer Zeit unterbricht den Überlieferungszusammenhang, in dem wir stehen und der einer Gesellschaft Halt gibt und Konsistenz verleiht. Wenn uns mit vielen Menschen nichts mehr verbindet, wenn wir einander nichts mehr zu sagen haben, weil wir gar nicht verstehen, aus welcher Welt der andere kommt und worin dessen Sicht auf die Welt wurzelt, dann gibt es auch kein Fundament mehr, das uns zum Einverständnis über das Selbstverständliche ermächtigt. Gemeinsam Erlebtes, Gelesenes und Gesehenes – das war der soziale Kitt, der unsere Gesellschaft einmal zusammengehalten hat.“¹

Im Herbst 2016 urteilte das Kölner Landgericht, dass man Baberowskis Äußerung als „rechtsradikal“ bezeichnen dürfe, da er Integration als Bedrohung ansehe.² Dem hielt Baberowski nach der Bestätigung dieses Urteils im Frühjahr 2017 entgegen, dass man sich jede kritische Diskussion darüber, was Gesellschaften zusammenhält, ersparen könne, wenn nunmehr Begriffe, die im Zentrum der hermeneutischen Philosophie Gadamers stehen, als rechtsradikal bezeichnet werden.³

Nun wird nicht jeder Leser unbedingt mit dem Werk Hans-Georg Gadamers, einem der bedeutendsten deutschen Philosophen des 20. Jahrhunderts, vertraut sein. Was genau ist also damit gemeint?

Die hermeneutische Philosophie Hans-Georg Gadamers

Hermeneutik, also Textauslegung, war ursprünglich nur eine Hilfswissenschaft, um juristische Texte oder historische Quellen vor willkürlicher Interpretation zu bewahren und „richtig“ zu verstehen.⁴ Dabei sah sich die Hermeneutik zunehmend mit dem Problem des „Verstehens“ an sich, d.h. mit den Grenzen der „menschlichen Erkenntnisfähigkeit“ sowie der „geschichtlichen Gebundenheit menschlichen Denkens und Verstehens“ konfrontiert.

Während Gadamers Lehrer, Martin Heidegger, Hermeneutik nicht mehr als Methode, sondern als Umsetzung des „Daseins“ an sich betrachtete, wollte Gadamer sich über das Verstehen an sich verständigen, d.h. er fokussierte weiterhin auf die Übertragung von Inhalten und Begriffen durch Texte und die damit verbundenen Interpretations- und Verständnisschwierigkeiten. Laut Gadamer kann die Bedeutung eines Textes niemals direkt aus der Entstehungszeit heraus verstanden werden (wie es der Historismus versucht), sondern wird immer nur *überliefert*.

Die gemeinsame Basis, die den Text mit dem Interpretierten verbindet, sind die Sprache und darüber



Dr. Thomas Grischany studierte Geschichte in Hamburg und Wien, absolvierte die Diplomatische Akademie Wien und arbeitete im Außenamt, ehe er 2007 an der University of Chicago promovierte. Seit 2015 ist Thomas Grischany Lehrbeauftragter an der Webster Vienna Private University.



hinaus der „Überlieferungszusammenhang“, in dem beide stehen. Da jeder Mensch durch eine geschichtliche und kulturelle Situation geprägt ist, wird alles einem dieser Prägung entsprechenden Vorurteil unterzogen, das sich später auch nicht unbedingt als falsch herausstellen muss. Gadamer plädiert daher für einen neutralen Gebrauch des Begriffs „Vorurteil“.

Die Idee, dass die absolute Vernunft der alleinige Gradmesser für die Bedeutung von Begriffen sein müsse, sei laut Gadamer keine Möglichkeit des geschichtlich bedingten Menschen und somit selbst ein „Vorurteil der Aufklärung“. „Verstehen“ ist laut Gadamer im Prinzip also ein unendliches und offenes „Gespräch“ über die „Deutung wichtiger Zeugnisse der geschichtlichen und kulturellen Überlieferung“.

Die Bedeutung des Überlieferungszusammenhangs

In diesem Sinne meint Baberowski also, dass durch die Masseneinwanderung der Anteil von Menschen zunimmt, deren Begrifflichkeiten von anderen historischen und kulturellen Situationen geprägt worden sind. Diese aber seien so fremd, dass die gemeinsame Basis für das Verständnis von Schlüsselwerten einer Gesellschaft abhandenkomme, was in weiterer Folge ein Problem für das Funktionieren der Gesellschaft darstellt. Eine sinnvolle Teilnahme am endlosen und offenen „Gespräch“ wird dann unmöglich. Konkreter: Die allermeisten Araber verstehen unter Begriffen wie „Freiheit“, „Demokratie“ oder „Menschenrechte“ von vornherein etwas anders als die allermeisten Deutschen.

Freilich besteht die Möglichkeit, die Migranten mit dem eigenen Überlieferungszusammenhang

vertraut zu machen und sie in diesen einzubeziehen. Das kann jedoch nur funktionieren, wenn die gastgebende Gesellschaft ausreichend Druck ausübt. Wenn die Einwanderer eine kritische Zahl erreichen, bleiben sie dagegen ihren eigenen Traditionen verhaftet und bilden Parallelkulturen. Daher warnt Baberowski ja auch vor den möglichen Gefahren von *Massenimmigration*, und es wird in der gegenwärtigen Diskussion oft vergessen, dass im 19. Jahrhundert die Polen im Ruhrgebiet oder die Tschechen in Wien einem massiven Anpassungsdruck ausgesetzt waren.

Dennoch behaupten Baberowskis Kritiker, dass der sogenannte Überlieferungszusammenhang für die Integration von Migranten keine Rolle spiele, und zwar aus zwei Gründen⁵: Erstens habe der beschworene Zusammenhalt nie existiert und sein „sozialer Kitt“ sei lediglich eine Wunschvorstellung, da die deutsche Gesellschaft niemals so geschlossen und homogen gewesen sei. Vielmehr hätten Spannungen, Ausgrenzung etc. ihre Geschichte gekennzeichnet. Deswegen habe zweitens die Integration bisher bei allen Migrationswellen auch ohne jeglichen Überlieferungszusammenhang funktioniert, wenn auch die Geschwindigkeit der einzelnen Integrationsprozesse unterschiedlich gewesen sein mag.

Allerdings behauptet Baberowski ja nicht, dass *alle* Deutschen ihre gesamte Geschichte *immer vollkommen* identisch erfahren hätten und dass es nicht auch Konflikte gegeben hätte. Schließlich können Menschen etwas gemeinsam erleben und trotzdem unterschiedlich erfahren, und „sozialer Kitt“ kann auch entstehen, wenn man sich nach einem Konflikt wieder zusammenrauft. Der entscheidende Punkt ist, dass andere diese Erfahrung überhaupt nicht ge-



Gerard ter Borch - Westfaelischer Friede in Muenster, 1648 - Rijksmuseum Amsterdam

macht haben, sodass sie eben in keiner Weise sinnvoll an dem „Gespräch“ über das Erlebte oder die Überlieferung des Erlebten teilnehmen können.

Die gesamteuropäische Erfahrung der Säkularisierung

Ein gutes Beispiel ist die Reformation, eine zentrale Erfahrung der überwältigenden Mehrheit der Deutschen, ob sie nun katholisch blieben oder protestantisch wurden. Denn die Reformation führte auch zur innerkatholischen Reformation und Martin Luthers Bibelübersetzung wurde – wenn auch vorübergehend eine Konkurrenzversion in Form der süddeutschen Kanzleisprache existierte – zur Standardhochsprache für alle Deutschen.

Auch der letztlich durch die Reformation bedingte Dreißigjährige Krieg war eine gemeinsame und für alle Deutschen prägende Erfahrung: Gleichgültig, wer am Ende den Sieg nach Punkten davongetragen hat, sollte durch die Westfälische Friedensordnung von 1648 ein weiterer großer Religionskrieg mit der Bestätigung des Augsburger Religionsfriedens von 1555 und der Gleichstellung der Calvinisten verhindert werden.

Ist die Säkularisierung Europas nicht auch ein Resultat der *gemeinsamen* Erfahrung der Reformation, der Religionskriege und der Aufklärung durch die meisten West- und Mitteleuropäer? Die deutsche Erfahrung der lutherischen Reformation sowie ihr Überlieferungszusammenhang sind daher zu einem Gutteil eingebettet in einen (oder mehrere) westlich-europäische Überlieferungszusammenhänge.



Diese Einbettung des deutschen Überlieferungszusammenhangs in eine höhere europäische Ebene entkräftet auch den zweiten Einwand gegen Baberowskis These, weil sich die unterschiedlichen Geschwindigkeiten bei den erfolgreichen Integrationsprozessen von Migranten unter Hinweis auf die verschiedenen Ausmaße gemeinsamer Überlieferungszusammenhänge erklären lassen.

Die Integration christlicher und moslemischer Einwanderer

Allein der Vergleich der deutschen Flüchtlingssituation von 1945 mit jener von 2015 ist daher absurd: Es kann niemand ernstlich behaupten, dass die „Fremdheit“ eines protestantischen Vertriebenen in einer katholischen Gegend nach 1945 der Fremdheit eines arabischen Moslems im heutigen Deutschland entsprochen hat. Die Flucht von 1945 war eine Binnenmigration innerhalb eines Nationalstaates: die Flucht vor unmittelbarer Bedrohung durch Tod oder Vergewaltigung aus dem Osten Deutschlands in den ebenfalls schwer zerstörten und besetzten Westen des Landes. Kein anderes Land hätte diese Flüchtlinge aufgenommen. Freilich gab es Spannungen zwischen Schutzsuchenden und Schutzgebenden – ähnlich wie es ja bereits vorher im Krieg bei der Aufnahme von Ausgebombten der Fall war. Aber schließlich erfolgte die Integration schnell und vollständig.

Bei Einwanderern aus anderen europäischen Ländern mag die Integration länger gedauert haben,

aber auch sie verlief insgesamt erfolgreich, ob es sich nun um die Einwanderungswellen des 19. Jahrhunderts oder die Gastarbeiter nach dem Zweiten Weltkrieg aus Portugal, Italien und Griechenland handelte. Selbst bei den ausgesiedelten Russlanddeutschen, deren Verbindung mit der deutschen Kultur zugebenermaßen oft zu wünschen übriglässt, gibt es keine Schwierigkeiten. Scheinbar war auch hier der Einfluss der russischen Kultur ausreichend.

Ganz anders sieht es bei der Masseneinwanderung von Moslems nach Europa aus, wofür es in der schon länger zurückliegenden Geschichte keine Beispiele gibt. Das mittelalterliche Emirat von Cordoba in Spanien kann nicht als Beispiel herhalten, da dort der Islam die dominierende Kultur war. Wo moslemische Masseneinwanderung in der jüngeren Vergangenheit stattgefunden hat, gibt es vielerorts signifikante Probleme, wenn man etwa an den Terror in England, die Zustände in Malmö-Rosengård, die Unruhen in den Pariser Vorstädten oder die erschreckenden Zahlen hinsichtlich Schulausbildung und Berufsaussichten von Türken in Deutschland denkt. Auch dort, wo die Bevölkerung primär aus pragmatischen Gründen zum Islam konvertierte – am prominentesten in Bosnien-Herzegowina – herrschen heute eher bedrückende Zustände.

Woher also der Optimismus hinsichtlich der erfolgreichen Integration von Moslems in der Zukunft kommen soll, bleibt angesichts der historischen Fallbeispiele und der offensichtlichen Bedeutung von Überlieferungszusammenhängen im Sinne Gadamer und Baberowskis rätselhaft.

1 <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/joerg-baberowski-ueber-ungesteuerte-einwanderung-13800909-p2.html>

2 <http://www.spiegel.de/lebenundlernen/uni/bremer-asta-gegen-berliner-professor-baberowski-urteil-gibt-beiden-recht-a-1139619.html>

3 <https://www.nzz.ch/feuilleton/meinungsfreiheit-die-linke-macht-den-menschen-wieder-zum-gefangenen-seines-stands-ld.1295031>

4 Alle Gedanken und Zitate im Folgenden über Hermeneutik und die Philosophien von Heidegger und Gadamer entstammen: [https://ideologieforschung.wordpress.com/2012/05/01/hans-](https://ideologieforschung.wordpress.com/2012/05/01/hans-georg-gadamer-philosophische-hermeneutik/)

<http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/fluechtlingskrise-integration-ist-machbar-nachbar-13828405.html> und <https://de.wikipedia.org/wiki/Hermeneutik>

5 Sämtliche im Folgenden behandelte Kritikpunkte entstammen: <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/fluechtlingskrise-integration-ist-machbar-nachbar-13828405.html> und <https://geschichtsadmin.hypotheses.org/343>

Auf den Spuren Hans-Georg Gadamers

Von Gerhard Rihl



Im Zuge der Auseinandersetzung um den Berliner Geschichtsprofessor Jörg Baberowski, der von einer trotzkistischen Splittergruppe heftig angegriffen wurde und sich gerichtlich zur Wehr setzte, tauchte die Thematik des „Überlieferungszusammenhanges“ öfters in den Medien auf. Vor allem an einem Satz stießen sich die Trotzlisten: „Die Integration von mehreren Millionen Menschen in nur kurzer Zeit unterbricht den Überlieferungszusammenhang, in dem wir stehen und der einer Gesellschaft Halt gibt und Konsistenz verleiht.“¹

Jörg Baberowski meinte dazu mit Bezug auf das Gerichtsurteil: „Wenn nun Begriffe, die im Zentrum der hermeneutischen Philosophie Gadamers stehen, unter Nazi-Verdacht geraten, können wir uns jede kritische Diskussion darüber, was Gesellschaften zusammenhält, ersparen.“² Es grenzt in der Tat ans Absurde, mit welcher Oberflächlichkeit von Seiten der Baberowski-Kritiker hier vorgegangen wurde.

Wer war nun der Mann, auf den sich Baberowski bezieht? Wenn auch Hans-Georg Gadamer in breiteren Bevölkerungsschichten zwar keineswegs so bekannt ist wie beispielsweise Wittgenstein, Heidegger oder Foucault, so steht er diesen trotzdem an Bedeutung kaum nach. Sein Hauptwerk *Wahrheit und Methode* gehört zu den Standardwerken im Philosophiestudium. Gadamers Werk ist das Ergebnis reifer und später Jahre: Als *Wahrheit und Methode* erscheint, ist der Autor sechzig Jahre alt.

Gadamers Leben und Denken

Gadamer wird im Jahre 1900 im hessischen Marburg als Sohn eines erfolgreichen Wissenschaftlers geboren. Nach Studien in Breslau und Marburg geht er 1923 nach Freiburg, wo er seinen eigentlichen philosophischen Lehrer, Martin Heidegger, kennenlernt und ihm kurz darauf zurück nach Marburg folgt. Nach seinem Abschluss in Klassischer Philologie habilitiert er sich 1929 bei Heidegger.

Die Machtübernahme der Nationalsozialisten hat auf seine Arbeit keinen Einfluss, seine bürgerlich-humanistische Prägung lässt ihn – skeptisch gegenüber allen extremen Haltungen – sich in Zurückhaltung üben. Seine Vorlesungen dieser Zeit haben Grundprobleme der Logik, die Philosophie im Hellenismus oder die Philosophie der Vorsokratiker zum Inhalt. 1939 erhält er einen Lehrstuhl in Leipzig, 1947 wechselt er nach Frankfurt am Main. 1949 tritt er die Nachfolge von Karl Jaspers in Heidelberg an, wo er ein halbes Jahrhundert wirkt. Regelmäßige Gastprofessuren in den USA ab den siebziger Jahren steigern seine internationale Bekanntheit. Gadamer stirbt 2002.

Dass sich die Hermeneutik zu einem fest etablierten philosophischen Ansatz entwickelt hat, geht auf Gadamer zurück. Erst durch ihn wurde aus der Hermeneutik mehr als eine Theorie der Auslegungskunst, wie sie in den Geisteswissenschaften, in der Theologie und in der Jurisprudenz gepflegt wird: Die Philosophie selbst wird bei Gadamer als hermeneutisches Denken verstanden.

Gadamers Lehre ist der geschichtlichen Bedingtheit des Denkens verpflichtet: Niemand fängt völlig neu an. Allen Letztbegründungen und Grundlegungsansprüchen ist daher mit Skepsis zu begegnen. Da Philosophie sprachlich vermittelt wird, steht kein Gedanke für sich, sondern ist vielmehr Antwort auf eine Frage, die nicht aus ihm selbst kommt. Philosophie kommt aus der Überlie-



Dora Mittenzwei - Der Philosoph selbst (Portrait Hans-Georg Gadamer), Acryl auf Leinwand, 190 x 290 cm, 2000 - Privatbesitz

ferung und vollzieht sich im offenen, aber situationsgebundenen „Gespräch“.³

Das Überlieferte wird in der Gegenwart durch „Applikation“ aufgenommen, vergleichbar mit einem Gesetz, das auf einen besonderen Fall bezogen wird. Das Verhältnis zwischen dem Überliefertem und der Gegenwart wird von Gadamer mit dem Begriff „Horizontverschmelzung“ erfasst. Dieser Begriff steht wiederum mit jenem der „Wirkungsgeschichte“ in Zusammenhang: Darin sind Gegenwart und das Überlieferte aufgrund der gemeinsamen

Sprache verbunden. Die „Horizonte“ der Gegenwart und der Vergangenheit verschmelzen miteinander, was gleichbedeutend mit dem Wirken des Überlieferten in der Gegenwart ist.⁴

Der Überlieferungszusammenhang als philosophisches Phänomen

Eine entscheidende Bedeutung Gadamers liegt damit in der Erkenntnistheorie. Er greift einen Gedanken seines Kollegen Wilhelm Dilthey auf, dessen Absicht



Dr. Gerhard Rihl ist Kommunikationsdesigner und bildender Künstler. Er absolvierte 1997 das Studium Graphik an der Universität für angewandte Kunst in Wien, wo er 2007 in den Bereichen Kommunikationstheorie und Transfer promovierte. Seit 1999 ist bzw. war er als Lehrender an verschiedenen Häusern tätig, unter anderem an der FH Salzburg, FH Oberösterreich, Kunstuniversität Linz und der Universität für angewandte Kunst in Wien. Er ist Autor mehrerer Bücher im kulturwissenschaftlichen sowie im essayistisch-künstlerischen Bereich.



darin bestand, Immanuel Kants Kritik der reinen Vernunft durch eine Kritik der historischen Vernunft zu ergänzen. Denn die historische Vernunft – so Gadamer in *Wahrheit und Methode* – bedürfe genauso einer Rechtfertigung wie die reine Vernunft.

Kants Leistung bestand einerseits darin, die Metaphysik als reine Vernunftwissenschaft von Welt, Seele und Gott zu zerstören, andererseits zugleich einen Bereich aufzuweisen, innerhalb dessen der Gebrauch apriorischer Begriffe gerechtfertigt und Erkenntnis ermöglicht ist. Für die historische Schule Diltheys, auf die Gadamer in dieser Hinsicht aufbaut, war die spekulative Geschichtsphilosophie ein ebenso krasser Dogmatismus, wie es auch die rationale Metaphysik gewesen war. Daher wurde von einer philosophischen Grundlegung geschichtlicher Erkenntnis das Gleiche gefordert, was Kant für die Naturerkenntnis getan hatte.⁵

Gadammers philosophische Hermeneutik hat auf alle hermeneutisch ansetzenden Wissenschaften gewirkt, insbesondere auf Literaturwissenschaft und Kunstgeschichte. In der Philosophie gilt sie zusammen mit der Rekonstruktion Jaques Derridas und der Kulturgenealogie Michel Foucaults als die bedeutendste Ausprägung europäischen Denkens nach Heidegger.⁶

Es dürfte somit klar sein, dass sich der gadamerische Begriff des „Überlieferungszusammenhangs“ keineswegs ausschließlich auf Nationsbildung, -entwicklung oder -bewahrung bezieht. Es geht um ein ganz grundlegendes philosophisches Phänomen.

Doch lässt er sich durchaus auch auf die Zusammenhänge, nach denen sich kollektives Bewusstsein bildet und weiterentwickelt, anwenden – und damit auf die identitätsstiftende gesellschaftliche Wirkung historischer Ereignisse sowie kultureller Werke beziehen. Dies tat Baberowski.

Ideologiekritik und Philosophie der Bescheidenheit

Ein wichtiger Aspekt der Philosophie Gadamers ist nicht zuletzt ihre ideologiekritische Komponente. Gadamer begreift den Menschen als ein Wesen, dessen Denken und Verstehen immer nur aus seinem kulturellen Kontext heraus stattfinden kann. Sein Denken ohne Systemzwang und ohne weltanschauliche Dramatik kam sogar in den Ruf einer „Philosophie der Bescheidenheit“. Gerade dies lässt es als ungewollt komisch erscheinen, wenn sich trotzkeinstische Fanatiker an einer Argumentation stoßen, die auf einem zentralen Begriff Gadamers aufbaut, und diesen indirekt selbst in die Nähe des Rechtsradikalismus rücken.

Dass sich Denken und Erkenntnis nicht unabhängig von historischer Überlieferung und Tradierung bewegen können, ist wohl ein Ansatz, welcher der traditionell anti-traditionalistischen Linken per se gegen den Strich gehen muss. Möglicherweise haben sich die Baberowski-Kritiker deshalb nicht ausreichend mit Gadammers Überlieferungszusammenhängen beschäftigt.

1 <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/joerg-baberowski-ueber-ungesteuerte-einwanderung-13800909.html>

2 <https://www.nzz.ch/amp/feuilleton/meinungsfreiheit-die-linkemacht-den-menschen-wieder-zum-gefangenen-seines-stands-ld.1295031>

3 Vgl.: Otfried Höffe (Hrsg.): *Klassiker der Philosophie*, 2, Von Immanuel Kant bis John Rawls; Verlag C. H. Beck, München, 2008; S 301 f

4 Vgl.: Ebenda; S 305 ff

5 Vgl.: Hans-Georg Gadamer: *Wahrheit und Methode*, Grundzüge einer philosophischen Hermeneutik; Mohr Siebeck, Tübingen, 1960/2010; S 223 ff

6 Vgl.: Otfried Höffe (Hrsg.): *Klassiker der Philosophie*, 2, Von Immanuel Kant bis John Rawls; Verlag C. H. Beck, München, 2008; S 308

Am Ende der Überlieferung

Von Jörg Mayer



„Die wunderbare Leistung des Lebendigen und gleichzeitig diejenige, die einer Erklärung am meisten bedarf, besteht darin, daß es sich, in scheinbarem Widerspruch gegen die Gesetze der Wahrscheinlichkeit, in der Richtung vom Wahrscheinlicheren zum Unwahrscheinlicheren, vom Einfacheren zum Komplexeren, von Systemen niedrigerer zu solchen höherer Harmonie entwickelt.“

Mit diesem Satz leitet Konrad Lorenz sein Hauptwerk *Die Rückseite des Spiegels* ein, das den Versuch einer *Naturgeschichte menschlichen Erkennens* unternimmt. Im Schichtenbau des Seins ist der Bereich des Kulturell-Geistigen für Lorenz – ganz in Übereinstimmung mit dem großen Ontologen Nicolai Hartmann – zwar die oberste Stufe der Entwicklung. Obgleich nun die völlig neuen Eigenschaften dieses höheren Systems in den niedrigeren Schichten – dem Anorganisch-Materiellen, dem Organisch-Lebendigen und dem Seelisch-Emotionalen – noch nicht enthalten sind, haben sie dennoch ihren Ursprung *nicht* außerhalb desselben biologischen Apparats.

Der Mensch ist eben nicht fertig in die Welt geworfen, sondern erst durch eine *Gen-Kultur-Koevolution* geworden, und für die in der Kultur versammelte Information gilt wie für die im Genom codierte Information, dass allein ihre ununterbrochene Weitergabe die Komplexität des Menschen in einem Universum, das in die Entropie zu dissipieren strebt, zu erhalten vermag. Kurz: Das genetische wie das kulturelle Leben existieren nur unter der Voraussetzung, tradiert zu werden. Sie sind ein Akt des Widerstands gegen die Dissipation.

·
Baberowskis Sakrileg
·

Wenn Jörg Baberowski den Begriff des Überlieferungszusammenhangs Hans-Georg Gadamers auf unsere Gesellschaft anwendet, die in rasanter Ge-

schwindigkeit dabei zu sein scheint, ihre Tradition, also ihr ererbtes überindividuelles Wissen, zu verlieren, dann besteht sein Stich ins Wespennest nicht so sehr darin, dass er die Frage stellt, was eine Gesellschaft zusammenhalte und weshalb die herrschende Politik diesen Zusammenhalt untergrabe. Das Sakrileg ist die seiner Frage zugrundeliegende Prämisse, dass dieser Zusammenhalt zu bejahen und sein Land als solches einer Weiterexistenz wert sei. Dabei bezieht sich Baberowski ohnehin nur auf das kulturelle, nicht auf das genetische Erbe. Wehe, wenn er auch noch das getan hätte!

Auch so aber hat Baberowski den relativistisch-postmodernistischen Zeitgeist gegen sich aufgebracht, der den Wert der europäischen, westlichen, abendländischen Kultur an sich infrage stellt: Sie ist ja die Kultur der „alten, weißen Männer“ – ohne deren Leistungen es zwar weder eine ausreichend differenzierte Sprache noch die geistigen und technischen Hilfsmittel gäbe, diese Kultur nun zu dekonstruieren – die aber im neomarxistischen Duktus als „weiß“, patriarchal, sexistisch, rassistisch, kapitalistisch und faschistisch definiert ist und daher kein Existenzrecht mehr hat. Dass eine solche Kultur-Verachtung längst in der vielzitierten Mitte der Gesellschaft angekommen ist, erweist die europäische „Wertegemeinschaft“: Wo immer einer ihrer höchsten Repräsentanten nach den Werten Europas gefragt wird, kann man davon ausgehen, dass nur solche Begriffe genannt werden, deren Wesen gerade in der Infragestellung von Werten, in einem allumfassenden Quodlibet besteht.



Detail des Sarkophags Kaiser Karls VI. – Kapuzinergruft Wien – Foto: Jebulon

Und so folgt die Selbstaufgabe des Okzidents einer geschichtlichen Logik, denn von der Höhe der Kultur führt der wahrscheinlichste Weg immer nach unten: Wer in einer bereits *guten* Gesellschaft den Fortschritt sucht, wird ihr selten etwas noch *Besseres* hinzufügen können, dazu mangelt es überall an Genies. Das kulturelle Erbe Europas aber ist bereits erdrückend: Seine Überlieferungszusammenhänge sind so zahlreich, dass – um noch einmal mit Gadamer zu sprechen – die Applikation selbst wirkmächtiger Traditionen die Menschen überfordern muss, dass die Horizontverschmelzung mit all der Fülle an Vergangenen kaum mehr möglich erscheint, dass zahllose Wirkungsgeschichten unüberschaubar durcheinanderlaufen.

Was ist unser Erbe?

Womit sich also identifizieren? Als Österreicher fällt es einem leicht, sich auf die kulturelle Identität seiner Landesgeschichte zurückziehen, in deren Kontinuität man es sich gemütlich machen kann. Man

kann aber auch die deutsche Gretchenfrage stellen und sich damit in des Teufels Küche begeben. Ob Österreicher jetzt kulturell (bessere oder schlechtere) Deutsche seien, ist ja eine nicht unproblematische Frage. Nicht, weil der Begriff des „Deutschen“ bloß ein „Konstrukt“ wäre – alles in der menschlichen Kultur ist ein Konstrukt und als solches etwas sehr Reales – sondern weil es so vieles gibt, das nach 2000 Jahren mitteleuropäischer Geschichte in seinem Bedeutungshof liegt.

Noch vor 100 Jahren etwa war relativ klar, was „Deutschland“ sei, bezog es sich als überdimensioniertes Preußen ja hauptsächlich auf diesen *einen* Traditionsstrang, der mit dem Großen Kurfürsten seinen Anfang nahm. Alter Fritz, Blücher, Humboldt, Hegel, Bismarck, Wilhelm Zwo – eine runde Sache. Aber seit 1945 und dem endgültigen Verschwinden Preußens gibt es *dieses* Deutschland nicht mehr. Österreich wiederum, das über Jahrhunderte, wenn gleich am Rande gelegen, so doch politisch und kulturell ein Kerngebiet Deutschlands war, erfand sich 1945 neu – was einerseits nicht schwerfiel, als



es de facto schon seit dem Westfälischen Frieden langsam aus dem Reich herausgewachsen war und damit den Weg der Niederlande und der Schweiz nachvollzogen hatte, andererseits weil der Mythos von Hitlers erstem Opfer seine Schuldigkeit tat.

Die Frage, was das eigene kulturelle Erbe Mitteleuropas sei, ist also gar nicht so einfach. Vom paganen Kriegerethos des Germanentums bis zur schuldvollen Aufarbeitung des Nationalsozialismus, vom protestantischen Reformationseifer bis zum spöttisch verlachten „Land der Dichter und Denker“ bietet das Überlieferte konträre Identifikationsbilder genug. Begreifen wir uns in der Tradition des mittelalterlichen Universalreichsgedankens, wie er in Gestalt der Europäischen Union auferstanden ist? In der Libertät der Stände und Städte, wie er sich im Föderalismus wiederfindet? Im Nationalstaat der Moderne, wie er unser Leben die letzten Jahrzehnte geordnet hat? Sehen wir unsere Ursprünge auch in Golgatha, auch in Rom, auch in Hellas?

Der Wert des Okzidents

Die Vielschichtigkeit des kulturellen Erbes Europas bedeutet für uns Nachgeborene jedenfalls, dass sich kaum ein Platz findet, um auf freiem Felde zu bauen, kaum eine Flasche, in die man noch etwas einfüllen könnte. Der Impetus ist nachvollziehbar, lieber niederzureißen und auszuschütten. Wo es viel zu erinnern gibt, gibt es auch viel zu vergessen. Trotzdem: *Europa*, dieser alte Name bedeutet für Menschen auf der ganzen Welt nach wie vor ein Versprechen von Glück – für Gebildete einen Hort der Künste und Wissenschaften, für Geknechtete eine Aussicht auf Freiheit, für Kinderreiche eine Chance auf neue Lebensgrundlagen.

Man sollte nicht vergessen: Es hat Jahrhunderte der Versuche, der Kämpfe und der Anstrengungen gekostet, dieses Europa zu erschaffen, dem Los der Geschichte das Gute abzutrotzen, das nun in einem Jahrhundert der Massenwanderungen der „Alten Welt“ zum Verhängnis werden muss. Keine Frage, in seiner Historie hat Europa auch manches falsch gemacht. Aber eben auch sehr vieles richtig. Ist das

ein Zufall? Oder hat Europa vielleicht immer wieder die richtigen kollektiven Werte gefunden, die seine Weiterentwicklung ermöglichten?

Wenn heute Fremde in unerhörter Zahl in diesen Kontinent einwandern – aus Nationen, die nicht erst seit gestern schlecht regiert werden, sondern seit jeher – dann stellt sich die Frage: Scheitern diese Nationen wegen des Imperialismus der Ersten Welt? Oder vielleicht doch, weil mit den kollektiven Werten, denen die Bevölkerung in diesen Ländern anhängt, etwas nicht stimmt? Peter Scholl-Latour soll einmal gesagt haben: „Wer halb Kalkutta aufnimmt, rettet nicht Kalkutta, sondern der wird selbst Kalkutta.“ Auch Einwanderer, die mit den besten Absichten kommen, bringen die Geisteshaltungen mit, die für jene Zustände verantwortlich sind, die sie zum Auswandern gebracht haben.

Quo vadimus?

Österreich ist *kein* Einwanderungsland. Es gibt keinen solchen Überlieferungszusammenhang und keine gemeinsam erlebte Einwanderungserfahrung. Was die hereinmarschierenden Asylwerber als Wanderung in den Wohlstand erleben, erleben die meisten eingesessenen Österreicher als Krise ihrer Gesellschaften.

Diese Krise ist aber rein oberflächlicher Natur. Die zugrundeliegende Krise des Okzidents wäre auch ohne Einwanderung ernst genug, letztere ist nur der Katalysator, der sie so unübersehbar macht. In Scholl-Latours Worten: „Ich fürchte nicht die Stärke des Islam, sondern die Schwäche des Abendlandes. Das Christentum hat teilweise schon abgedankt. Es hat keine verpflichtende Sittenlehre, keine Dogmen mehr. Das ist in den Augen der Muslime auch das Verächtliche am Abendland.“

In diesem Sinne ist es zu wenig, wenn die Politik nur daranginge, die Grenzwatchen Europas wiederaufzurichten. Es gilt ebenso den Überlieferungszusammenhang unserer nationalen Kultur wiederzuentdecken, ehe wir uns noch ohne fremdes Zutun in Kalkutta verwandeln.

Historischer Sitzungssaal
Foto: Stefan Olah



Österreich



Günther Schefbeck

Chaos oder verlorene Normalität?

„Freies Spiel der Kräfte“ im Parlament



Ein großes Wort hat Bundeskanzler Christian Kern bei seiner Erklärung zur Situation der Bundesregierung in der Sitzung des Nationalrates am 16. Mai 2017 gelassen ausgesprochen, nämlich „dass jetzt eine Phase beginnen wird eines lebendigen Parlamentarismus, eines Streits um die besten Ideen“.

Impiziert dieses Kanzlerwort, dass der österreichische Parlamentarismus bis dahin nicht „lebendig“ gewesen wäre? (Was ist eigentlich das Gegenteil von „lebendig“?) Heißt es, dass es sich beim nunmehr angekündigten verlebendigten Parlamentarismus nur um eine „Phase“ handeln würde? Etwa wie die Eltern im Fall eines aufmüpfigen Kindes begütigend sagen: „Es ist ja nur eine Phase ...“ Bedeutet diese Aussage des Bundeskanzlers, dass in der parlamentarischen Auseinandersetzung sonst nicht um „die besten Ideen“ gestritten würde? Und worum dann?

Die Perspektive auf ein „freies Spiel der Kräfte“ im Parlament hatte der Bundeskanzler jedenfalls schon vier Tage zuvor, nach der Aufkündigung der Koalition durch den designierten ÖVP-Bundesparteiobmann Sebastian Kurz, entwickelt: Er werde „wenn nötig auch mit wechselnden Mehrheiten“ weiterregieren. Die Reaktion des Noch- oder Doch-nicht-mehr-Koalitionspartners war ablehnend, jene der Oppositionsparteien bewegte sich zwischen interessiert und skeptisch.

Das galt auch für die Kommentare der Medien: Während etwa der Leitartikel des *Österreich*-Herausgebers Wolfgang Fellner enthusias-



Sitzungssaal des Nationalrates - Foto: Stefan Olah



Säulenhalle des Parlaments - Foto: Mike Ranz

tisch „Mut für Mehrheiten im Parlament“ forderte, gebrauchte ein Kommentar von Claudia Aigner in der *Wiener Zeitung* die spöttische Metapher vom Parlament als „Swingerclub“. Seither ist das Bild vom „freien Spiel der Kräfte“ im Parlament zur stehenden Wendung des politisch-medialen Diskurses geworden. Wofür steht dieses Bild?

Freies Spiel der Kräfte?

Als Formulierung der politischen Philosophie geht die Phrase auf Spätaufklärung und Frühliberalismus zurück. Hier stand sie primär für die Interaktion der gesellschaftlichen Kräfte und richtete sich gegen deren Einschränkung durch einen übermächtigen Staat. Wilhelm von Humboldt sah die Mitglieder einer Nation zu Untertanen herabsinken, die mit dem Staat in einem Verhältnis stehen, „in welchem schon die überlegene Macht des Staats das freie Spiel der Kräfte hemmt“.

Die Resultante des Spiels der gesellschaftlichen Kräfte in die staatliche Willensbildung einzubringen, schließlich sie zum maßgeblichen, in Gesetzesform gegossenen staatlichen Willen zu machen, wurde zur zentralen Aufgabe des Parlaments. War diese Resultante zunächst nur mühevoll, in langen Debatten der anfangs nur zu losen Fraktionen zusammengesetzten Abgeordneten herauszubilden, so wurde dies einfacher mit der – auch durch die Wahlrechtsentwicklung bedingten – Formung der modernen Massenparteien mit ihren nunmehr immer fester ge-

fügten Parlamentsfraktionen. Von da an nahm im Regelfall die innerparteiliche Interessenaggregation einen Gutteil der parlamentarischen Debatte vorweg, und es galt nur noch, eine parlamentarische Mehrheit durch Kompromissbildung zwischen den bereits hoch aggregierten Parteistandpunkten zu finden.

Letzter Schritt dieses sich manchmal über ein Jahrhundert, in Österreich über siebzig Jahre erstreckenden Entwicklungsprozesses: der Übergang zur parlamentarischen Demokratie, charakterisiert durch die Bestandsabhängigkeit der (bis dahin dem Monarchen verantwortlichen) Regierung vom Parlament. Höchster Triumph des Parlamentarismus – gleichzeitig Beginn seiner inhaltlichen Entmündigung!

Was wie ein Paradox klingt, ist systemimmanent: Wenn die Regierung eine stabile parlamentarische Mehrheit benötigt, um nicht permanent in ihrem Bestand bedroht zu sein, wird sie in der Regel in einer Koalition von zusammen mit absoluter Mandatsmehrheit ausgestatteten politischen Parteien fußen, und die werden ihre Spitzenfunktionäre in die Regierungsämter entsenden. Angesichts des dann nicht weiter überraschenden Interesses auch dieser Parteien, die auch der Opposition zugutekommende Ressourcenausstattung des Parlaments nicht jener der Ministerien auch nur anzunähern, wird in einem solchen politischen System die Gesetzesinitiative notwendig überwiegend bei der Regierung liegen. Die parlamentarische Mehrheitsbildung ist durch das Koalitionsübereinkommen sichergestellt.



Folgerichtig zählt zum Standardinventar von Koalitionsübereinkommen eine Verpflichtung der koalitionsbildenden Parteien, auf ein „Überstimmen“ des Regierungspartners im Parlament zu verzichten. Koalitionsdisziplin impliziert Fraktionsdisziplin, aber die hat noch einen anderen Aspekt: Fraktionskohäsion ist auch durch die unvermeidliche thematische Arbeitsteilung innerhalb der Fraktion begründet. Jedenfalls: im Regelfall kein „freies Spiel der Kräfte“ im Parlament!

Schwierige Einübung

Bis der Österreichische Nationalrat von der neuen Freiheit im „Spiel der Kräfte“ Gebrauch machte, vergingen mehr als sechs Wochen: Erst am 28. Juni stimmte die SPÖ-Fraktion erstmals gegen den Koalitionspartner ÖVP und beschloss gemeinsam mit den Fraktionen von FPÖ und Neos einen (zuvor von der SPÖ selbst ausgearbeiteten) Abänderungsantrag der Grünen, womit den Universitäten für die Leistungsvereinbarungsperiode 2019 bis 2021 ein Finanzierungsbetrag von 11,07 Mrd. Euro zugesagt wurde, was einer Anhebung um 1,35 Mrd. Euro entspricht. Die ÖVP hatte diese Finanzierungszusage mit einer Zugangsbeschränkungen vorsehenden Regelung zur Studienplatzfinanzierung verknüpfen wollen. Ihr Wissenschaftssprecher zeigte sich „erschüttert“, der Finanzminister griff zur auch im politischen Diskurs beliebten Fußballmetaphorik und sprach von einem „schweren Foul“.

Am Folgetag stimmten die Abgeordneten der SPÖ gemeinsam mit Grünen und Neos für einen Fristsetzungsantrag, mit dem die parlamentarische Behandlung eines Neos-Antrages auf Öffnung des Instituts der Zivilehe für gleichgeschlechtliche Paare bis September erzwungen werden sollte. Sie scheiterten damit an der Mehrheit aus ÖVP, FPÖ und Team Stronach. Welche der übrigen von SPÖ und ÖVP gemeinsam gefassten Beschlüsse, etwa über die Abschaffung des Pflegeregresses, ohne die Option der freien Mehrheitsbildung nicht zustande gekommen wären, lässt sich naturgemäß nicht mit Gewissheit sagen.

Die Einübung in das „freie Spiel der Kräfte“ scheint schwierig, wird nur zögernd betrieben. Als Menetekel an der Wand beschwor insbesondere die ÖVP die Erfahrungen aus dem Jahr 2008, Finanzminister Schelling warnte vor „finanziellem Chaos“. Schon am 16. Mai hatte Klubobmann Lopatka an die finanziellen Auswirkungen der am 24. September 2008 vom Nationalrat gefassten Beschlüsse erinnert und in diesem Zusammenhang Benennungen wie „Sündenfall“, „Populismus“ und „Jahrmarktstimmung“ aufgegriffen. Was ist 2008 geschehen?

Die Präzedenzfälle 2008 und 1995

Die vorzeitige Auflösung einer Koalitionsvereinbarung hat Tradition, und auch 2008 war es die ÖVP, die zu diesem wahltaktischen Kalkül griff. Nachdem die SPÖ ein „Stillhalteabkommen“, das verhindern sollte, dass die beiden weiterhin die Bundesregierung bildenden Parteien einander im Parlament überstimmten, aufgekündigt hatte, beschloss der Nationalrat am 12. September mit unterschiedlichen Mehrheiten insgesamt 26 Fristsetzungen, aus denen sich die Tagesordnung der nächsten Nationalratssitzung ergab.

Sie fand am 24. September statt, vier Tage vor der Neuwahl. Neun Gesetzesbeschlüsse wurden gefasst, bei freier Mehrheitsbildung setzte sich überwiegend die SPÖ durch, die dann auch die Wahlen gewann. Beschlossen wurden u.a. eine vorgezogene und höhere Anhebung der Pensionen, die Auszahlung einer 13. Rate der Familienbeihilfe, die Abschaffung der Studiengebühren und eine Verlängerung der „Hacklerregelung“. Dabei wurde durch einen Irrtum der SPÖ-Fraktion auch der weniger weitgehende ÖVP-Antrag angenommen, was der Bundesrat durch einen Einspruch behob.

Das Finanzministerium errechnete die budgetwirksamen Kosten der Beschlüsse mit 3 Mrd. Euro, die SPÖ-Parlamentsfraktion mit 1,4 Mrd. Euro pro Jahr, was sich vor allem aus der unterschiedlichen Einrechnung der Pensionserhöhung ergab. Für



Dr. Günther Schefbeck ist Leiter der Stabsstelle
„Parlamentarismusforschung“ der Parlamentsdirektion.



Wolfgang Schüssel, Klubobmann der ÖVP, waren die „Dämme der Vernunft gebrochen“ und „die Büchse der Pandora geöffnet worden“.

Dreizehn Jahre zuvor hatte Wolfgang Schüssel, damals Vizekanzler und Außenminister, in einem vergleichbaren Fall ganz anders geurteilt. Analoger Anlass: vorzeitige Beendigung der Koalition durch die ÖVP. In einer außerordentlichen Tagung trat der Nationalrat im November 1995, vier Wochen vor der Neuwahl, zusammen und fasste in einer dreitägigen Sitzung mit wechselnden Mehrheiten 17 Gesetzesbeschlüsse. Diesmal war es die ÖVP, die in der Orchestrierung der Abstimmungen erfolgreicher gewesen war, und so konnte sie gegen die SPÖ viele ihrer Positionen, wie etwa die Ladenöffnung am 8. Dezember oder die Aufstockung des Umweltprogramms der Agrarförderung um 2,2 Mrd. Schilling, durchsetzen.

Wolfgang Schüssel sah damals in einem Parlament „ohne strenge Fraktionsdisziplin und Korsett der bindenden Beschlüsse“ ein Modell für die Zukunft, nur finanzwirksame Beschlüsse bedürften fester koalitionsartiger Vereinbarung. Andreas Khol, damals Klubobmann der ÖVP, erklärte nach Ende der außerordentlichen Tagung 1995: „Bisher haben wir Parlament gespielt, vergangene Woche sind wir zu einem Parlament geworden.“ Viele Jahre später genügte ihm im persönlichen Gespräch ein Wort, um die freie Mehrheitsbildung im Parlament zu charakterisieren: „Chaos.“

Ein gangbarer Weg?

Bisher ist die „Büchse der Pandora“, kaum geöffnet, stets flugs wieder geschlossen worden, das „freie Spiel der Kräfte“ im Parlament in der Regel auf

Vorwahlphasen nach Koalitionsbrüchen begrenzt geblieben. Könnte es in einem parteienstaatlich geprägten parlamentarischen System einen gangbaren Weg bilden? Und worin bestünde der Vorteil? Offenkundig in der Überwindung von inhaltlichen Blockaden, die innerhalb von Koalitionen zur Regel geworden zu sein scheinen, mag doch in der koalitionsären Praxis das „Geleitzugsprinzip“ gelten, dem gemäß das jeweils langsamste Schiff das Tempo bestimmt!

Welcher Randbedingungen bedürfte es, einen solchen Weg zu gehen? Zunächst eines Koalitionsübereinkommens, das die Verpflichtung, den oder die jeweiligen Partner nicht zu überstimmen, beschränkt: etwa auf Misstrauensanträge oder auch auf budgetwirksame Maßnahmen. Dann muss, wer „lebendigen Parlamentarismus“ will, dem Parlament auch den Lebenssaft der Ressourcen zuzuführen bereit sein, die in der Wissensgesellschaft notwendig sind, um das breite Spektrum legislativer Materien in Autarkie von der ministeriellen Expertise durchdringen und zivilgesellschaftliche Positionen rezipieren zu können. Und schließlich wären wohl verfahrensrechtliche und -technische Vorkehrungen notwendig, um die weniger berechenbaren Verfahrens- und Abstimmungsverläufe bewältigen zu können.

bleibt das „freie Spiel der Kräfte“ im Parlament „eine Phase“? Das ist zu erwarten. Könnte es von der Ausnahme zur Normalität werden? Ist ein Paradigmenwechsel im Muster der parlamentarischen Mehrheitsbildung vorstellbar? Denkverbote gibt es nicht, und gesellschaftliches Nachdenken über die Funktion des Parlaments dient allemal der Demokratie.

Terrorgefahr und Sicherheitspolitik

Ein Interview mit Dr. Gert Polli



In einer brutalen Bluttat tötete der 54-jährige Mohamed H. am 30.6.2017 die Pensionisten Hildegard und Siegfried, setzte ihr Haus in Brand und stellte sich der Polizei. Als Motiv gab der Tunesier an, dass er sich wegen der Politik der FPÖ als Muslim diskriminiert fühle und ein Exempel statuieren wolle. Seine Opfer waren Stammgäste im Bio-Laden seiner Lebensgefährtin. Bei einer Hauslieferung soll ihm ein Bild aufgefallen sein, das den Sohn des Ehepaares, einen Landesbeamten, gemeinsam mit dem FPÖ-Politiker Manfred Haimbuchner zeigt. Später verkündete Innenminister Wolfgang Sobotka, Mohamed H. habe auch einen IS-Hintergrund.

Herr Dr. Polli, dieser Fall ist so spektakulär, dass man sich über das kurzlebige öffentliche Interesse nur wundern kann. Gibt es in Österreich ein gesellschaftliches Bewusstsein für die terroristische Bedrohung?

Natürlich gibt es das. Gleichzeitig führen solche einschneidenden Ereignisse aber vor Augen, dass öffentliches Interesse und Bewusstsein eine kurze Lebensdauer haben. Die Aufmerksamkeit ist kurzfristig hoch und wird sehr rasch von der nächsten Schlagzeile überdeckt. Anders liegt der Fall, wenn man ihn aus der Perspektive der Sicherheitsbehörden betrachtet. Hier müssten eigentlich die Alarmglocken läuten.

Der Täter scheint aufgrund persönlicher Misserfolge einen Hass auf die FPÖ entwickelt zu haben, noch bevor er sich dem IS zuwandte. Kann man hier von einer islamistisch motivierten Tat sprechen?

Zwei Faktoren spielen in diesem Fall eine Rolle: Die Integration des seit 1989 in Österreich lebenden Tunesiers ist offensichtlich gescheitert und er gibt die Schuld dafür einer politischen Partei. Gleichzeitig ist es zu einer Hinwendung zum IS gekommen. Der Fall ist einmalig in Österreich: Zum einen handelt es sich um eine Art Blitzradikalisierung mit IS-Hintergrund, zum anderen spielt das politische Feindbild FPÖ eine Rolle.

Mohamed H. ist polizeibekannt gewesen, möglicherweise schon in Libyen wegen islamistischer Umtriebe eingessesen. Warum gibt es bei solchen Verdachtslagen keine Überwachung? Die Internet-Aktivitäten des Täters waren eindeutig, auf Facebook hat er zuletzt einen Treueschwur gegenüber dem IS gepostet.

So, wie Sie die Frage formulieren, vermuten Sie, dass die Sicherheitsbehörden nicht sorgfältig genug vorgegangen wären. Es ist schon richtig, dass Mohamed H. polizeibekannt war. Mehr noch: Der Tunesier wurde bereits vor 2 Jahren als unbedenklich eingestuft. Die Sicherheitsbehörden schauen sich derzeit sehr genau an, unter welchen Rahmenbedingungen diese Beurteilung damals erfolgte, wohl um künftig solchen tragischen Entwicklungen vorzubeugen. Man darf aber auch nicht vergessen, dass wir es mit mehreren Hundert sogenannten Gefährdern zu tun haben. Im Verfassungsschutzbericht des BVT, der am 14. Juli 2017 der Öffentlichkeit präsentiert wurde, spricht der Direktor des BVT, Peter Gridling, von nahezu 300 *Foreign Fighters*, die bekannt sind. Dabei handelt es sich um Zahlen aus dem Jahre 2016. Heute kann man davon ausgehen, dass die Anzahl dieser Personen um einiges höher anzusetzen ist. Eine lückenlose Überwachung oder gar eine präventive Einschränkung der Bewegungs-



In seinem jüngst im Münchner Finanzbuchverlag erschienenen Buch *Deutschland zwischen den Fronten. Wie Europa zum Spielball von Politik und Geheimdiensten wird* gibt Dr. Gert Polli als Insider einen faszinierenden Einblick, wie die Politik von Geheimdiensten dominiert wird und warum diese Entwicklung für Europa zu einem großen Problem werden könnte.



freiheit ist nicht so einfach rechtlich durchzusetzen. Hier sind neue Ansätze im Sicherheitspolizeigesetz und im Strafrecht erforderlich. Der Nachweis für einen strafbaren Tatbestand, wie die „Mitgliedschaft in einer Terroristischen Organisation“, ist aber immer schwierig und zeitaufwändig. Trotzdem nehmen die Verurteilungen deutlich zu.

Gibt es eine Strategie, um dem popkulturellen Phänomen IS im Internet zu begegnen?

Natürlich gibt es hier Strategien, um den Mythos IS vor allem bei jungen Menschen ins richtige Licht zu rücken. Derzeit ist es auch so, dass die Sicherheitsbehörden das Internet intensiv als Quelle der Information nutzen, sei es, um den Schriftverkehr von Terrorverdächtigen zu beobachten, oder um Verbindungen von Straftätern zum IS nachweisen zu können, wie im vorliegenden Fall in Linz. Es gibt europaweit eine enge Kooperation der Sicherheitsbehörden, der IS-Propaganda und der Wirkung auf dafür anfällige Personengruppen etwas entgegenzusetzen. Ich beurteile die Erfolge solcher Strategien jedoch als bescheiden. Wenn Personen vom fundamentalistisch-islamischen Gedankengut radikalisiert wurden, helfen sie nur im Einzelfall. Man muss hier viel früher ansetzen, nämlich bevor die Radikalisierung stattfindet.

Laut Aussagen der Polizei werden sämtliche Kontakte, die Mohamed H. in den Sozialen Netzwerken unterhalten hat, überprüft. Wie geht das?

Die Überwachung der Kommunikation im Nachhinein in den Sozialen Medien ist schwierig, bedarf jedenfalls der Genehmigung durch einen Richter. Technisch ergibt sich das Problem, dass durch Verschlüsselungen von Messenger-Programmen die europäischen Sicherheitsbehörden meist das Nachse-

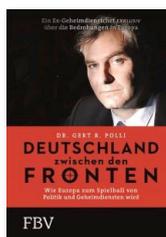
hen haben. Das ist auch der Grund für die künftige Einführung des „Bundestrojaners“, festgeschrieben im Sicherheitspaket. Im vorliegenden Fall dürften die Behörden wohl mit der Kooperation des Täters rechnen können, was das Thema Verschlüsselung unproblematisch erscheinen lässt. Es geht den Sicherheitsbehörden darum, Beweise zu sichern und Kontakte zum IS oder anderen radikalen Kreisen zu erkennen und für die Hauptverhandlung nachzuweisen. Daraus ergeben sich unter Umständen neue Anhaltspunkte für Gefährder, die bisher nicht am Radar der Sicherheitsbehörden aufschienen.

Werden vom BVT auch Personen durchleuchtet, gegen die es keinen Verdacht einer strafbaren Handlung gibt?

Nein, das passiert nur bei hinreichender Verdachtslage und diese hat dokumentiert zu werden. Die Ermittlungen werden durch richterliche Anordnung legitimiert oder durch den Rechtsschutzbeauftragten überwacht. Ermittelte Informationen, die mit dem Fall inhaltlich nichts zu tun haben, werden nach einer bestimmten Zeit gelöscht.

Mohamed H. trug die letzten beiden Jahre keinen Vollbart mehr und kleidete sich westlich, weshalb man eine Deradikalisierung zu erkennen glaubte. Ist das wirklich der Standard der österreichischen Behörden, anhand solcher Äußerlichkeiten bestimmen zu wollen, ob jemand radikalisiert ist oder nicht?

Ich fürchte ja. Aber ich habe hier auch Verständnis für die Sicherheitsbehörden. Der Grund für die Schwächen der Behörden ist nicht einfach zu beseitigen. Nahezu alle terroristischen Attentate der letzten Jahre in Europa wurden von Personen ausgeführt, die den Behörden bekannt waren. Das



spricht vorerst einmal für deren Arbeit. Das Manko allerdings besteht darin, dass man nicht erkannt hat, dass sich die Gefährder radikalisiert haben. Manchmal dürfte auch die mangelnde Kooperation zwischen den Behörden für die Fehleinschätzung des Gefährdungspotentials mit verantwortlich sein. In Deutschland hat man deshalb einen Gefährderkatalog entwickelt, um solche Beurteilungen rascher und effizienter zu treffen. Was Österreich begriff, gehen wir hier – nicht zuletzt aufgrund der Erfahrungen in Linz – ähnliche Wege.

Der Landespolizeidirektor von Oberösterreich hat mitgeteilt, dass im Zuge des Erscheinungswechsels bei Mohamed H. vor zwei Jahren „umfassend recherchiert“ worden sei. Was heißt das?

Der Fall fällt in die Zuständigkeit des Verfassungsschutzes. Dieser ist zwar mit dem BVT für ganz Österreich zentral organisiert, die Außenstellen des BVT in den Bundesländern fallen jedoch in die Zuständigkeit der neun Landespolizeidirektionen. Es war immer schon ein Manko, dass sich die Länder einen Teil des Verfassungsschutzes einverleibt haben, ohne auf die dafür erforderliche Kompetenz verweisen zu können. Dadurch wird der Informationsfluss deutlich geschwächt und die Expertise auch noch für jedes Bundesland zusätzlich filetiert. Der Fall in Linz ist geradezu ein Paradebeispiel für diesen fachlichen Unsinn. Diese Entwicklung wurde durch das jüngst verabschiedete Staatsschutzgesetz auch noch zementiert. Die anfängliche öffentliche Fehlbeurteilung des oberösterreichischen Landespolizeidirektors, Andreas Pösl, unterstreicht dieses strukturelle Defizit in der Organisation der Staatsschutzbehörden.

Wie wird eigentlich definiert, ob jemand radikalisiert ist? Gibt es dazu die nötige sozialar-

beiterische Analyse des Lebensumfelds der beobachteten Personen?

Sie sprechen hier ein Defizit der derzeitigen Prävention im Bereich der Beurteilung der individuellen Radikalisierung an. In Deutschland entsteht zurzeit eine neue Abteilung im Bundeskriminalamt, die sich mit der Risikobewertung von Gefährdern befassen wird. Eine Art Radar also. Unsere Behörden beurteilen solche Fälle individuell und meist unabhängig voneinander, sollten sie denn überhaupt auf dem Schreibtisch eines Ermittlers landen. Sie können sich gut vorstellen, dass es hier unterschiedliche Zugänge gibt, je nachdem ob es sich um einen Ermittler oder Analytiker aus dem BVT oder um einen aus den neun Landesämtern handelt. Ich gehe aber davon aus, dass wir *à la longue* in dieselbe Richtung gehen wie die deutschen Kollegen. Trotzdem, bei mehr als 300 Gefährdern bleibt die Beurteilung des jeweiligen Radikalisierungsgrades auch eine Personalfrage. Zentralisierung und sowohl qualitative als auch quantitative Aufstockung des Personals sind daher das Gebot der Stunde.

Ab wann gilt eine Betätigung überhaupt als islamistisch? Ab wann als demokratiefeindlich?

Objektive Kriterien für die Beurteilung von islamischem Extremismus existieren nicht. In diesem Bereich gibt es legislativ und strukturell noch einiges an Arbeit. Dasselbe gilt auch für den Begriff der Demokratiefeindlichkeit, die als „staatsfeindlich“ in der Regierungsvorlage zum Sicherheitspaket ihren Niederschlag findet. Dort wird der Begriff „staatsfeindliche Bewegung“ verankert, was als Paragraph 279a in das Strafrecht einfließen soll. In der Regierungsvorlage heißt es dazu: Mit bis zu zwei Jahren bestraft werden Gründer und Mitglieder einer solchen



Dr. Gert R. Polli ist der ehemalige Leiter des österreichischen Bundesamtes für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung. Als unabhängiger Sicherheitsberater ist er gegenwärtig u.a. in der Abwehr von Betriebs- und Wirtschaftsspionage tätig.



Bewegung, wenn „eine ernstzunehmende Handlung ausgeführt“ wurde, „in der sich die staatsfeindliche Ausrichtung eindeutig manifestiert“. Der Paragraph 279a greift dann, wenn „eine Gruppe vieler Menschen (...) gesetzwidrig die Vollziehung von Gesetzen, Verordnungen oder sonstigen hoheitlichen Entscheidungen der Behörden“ verhindern. Bürgerrechtsorganisationen sehen sich damit existenziell bedroht. Wie sich ein solcher Paragraph in der Praxis auswirkt, wird man sehen, falls er denn jemals vom Parlament in dieser Form verabschiedet wird.

Müsste das BVT, wenn es wirklich effektiv Terrorismus bekämpfen will, nicht zwangsläufig die Funktion eines Nachrichtendienstes mitübernehmen und daher den engen rechtlichen Rahmen, in dem es operieren darf, verlassen?

Sie haben völlig Recht. Das BVT ist eine Sicherheitsbehörde und unterliegt daher genau diesen Beschränkungen. Ein Nachrichtendienst ist überwiegend präventiv ausgerichtet. Nachrichtendienstliche Informationen sind essentiell für die Terrorismusbekämpfung, ebenso wie die Strafverfolgungskomponente. Beides in einer Organisation macht das BVT schwerfällig und bindet durch den gerichtlichen Staatsschutz zu viel an Personal, das wesentlich wirksamer in der Prävention eingesetzt werden kann. In Deutschland etwa ist der gerichtliche Staatsschutz im Bundeskriminalamt organisiert. Das geht so lange gut, als beide Organisationseinheiten – Nachrichtendienst und Kriminalpolizei – intensiv zusammenarbeiten. Solche und andere Überlegungen gab es bereits mit Ende dieser Legislaturperiode. Status quo ist,

dass die gesamte Dienstlandschaft in Österreich zwischen Innen- und Verteidigungsministerium fragmentiert ist. Eine Totalreform ist daher mehr als überfällig.

Wie hoch schätzen Sie die Gefahr eines islamistischen Massenanschlags in Österreich ein?

Wir sitzen in einem Boot mit unseren europäischen Nachbarn. Niemand geht davon aus, dass Österreich von künftigen Anschlägen verschont bleibt. Schon seit Jahren äußern sich Spitzen des Verfassungsschutzes dahingehend, dass es keine Frage des Ob, sondern des Wann wäre. Unisono jedoch gehen die Sicherheitsbehörden davon aus, dass die Gefährdung in Österreich heute so hoch ist wie in den Jahren davor.

Das BVT hat ein eigenes Referat für Prävention eingerichtet und plant ein „Aussteigerprogramm aus dem gewaltbereiten Extremismus“. Inwiefern gibt es beim BVT Kompetenzen für diese Aufgabe?

Aller Anfang ist schwer. Die Frage stellt sich, warum dies erst jüngst in die Wege geleitet wurde. Die Notwendigkeit in diese Richtung zu gehen ist mehr als evident. Selbst wenn es im BVT für diese Aufgabe zu wenig an Kompetenz gibt, so ist es doch höchste Zeit eine solche Kompetenz aufzubauen.

Wie können Bürger, denen verdächtige Vorgänge auffallen, diese an das BVT weiterleiten?

Die Erreichbarkeit sowohl des Bundesamtes für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung, als auch der Landesämter finden sich auf der Webpage des Innenministeriums: http://www.bmi.gv.at/cms/bmi/_news/bmi.aspx

Freies Spiel – freie Ehe?

Von Norbert Nemeth



Seit dem Plenum Ende Juni haben wir es also wieder: das freie Spiel der Kräfte. Hatte die ÖVP durch ihren neuen Obmann Sebastian Kurz zuvor der SPÖ den Koalitionspakt gekündigt und Neuwahlen ausgerufen, so war es nunmehr die SPÖ, die mit FPÖ, Grünen und Neos gegen die ÖVP den freien Hochschulzugang sicherstellte. Das Abstimmen jenseits eines Koalitionspaktes legt parlamentarische Schwächen offen, hat aber auch einen großen Vorteil, zumal die Klubs sich nicht mehr auf andere Parteien ausreden können und somit ihre wahre gesellschaftspolitische Ausrichtung besser erkennbar wird.

So geschehen bei einem Fristsetzungsantrag von SPÖ, Grünen und Neos betreffend die Einführung der „Homoehel“. Der Antrag wurde mit den Stimmen der FPÖ, der ÖVP und des Team Stronach abgelehnt – ein Vorgang, der uns vor Augen führt, dass es so etwas wie eine „bürgerliche Mehrheit“ im Nationalrat gibt. Andernfalls würde der § 44 des Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuches (ABGB) nunmehr so lauten: „In einem Ehevertrag erklären zwei Personen ihren Willen, in umfassender partnerschaftlicher Lebensgemeinschaft und Vertrauensbeziehung zu leben, sich gegenseitig mit Respekt zu begegnen und einander auf Dauer beizustehen“.

Da gefällt uns die geltende Rechtslage, die gerade noch einmal gerettet wurde, besser – auch wenn sie aus dem Jahre 1811 stammt: „Die Familien-Verhältnisse werden durch den Ehevertrag gegründet. In dem Ehevertrage erklären zwey Personen verschiedenen Geschlechtes gesetzmäßig ihren Willen, in unzertrennlicher Gemeinschaft zu leben, Kinder zu zeugen, sie zu erziehen, und sich gegenseitigen

Beystand zu leisten“. Der wesentliche Unterschied ist sofort erkennbar: der Begriff der Familie und der Kinder, die gezeugt und erzogen werden sollen.

In der Debatte fielen zwei Aspekte auf, die die Befürworter des Antrages gebetsmühlenartig vor sich hertrugen. Da war zunächst die Behauptung, dass es darum gehe, „all diese Diskriminierungen“ aufzuheben. Keiner der Redner hatte sich aber die Mühe gemacht, auch nur ein einziges Beispiel zu nennen! Vielleicht, weil es keine nennenswerten Diskriminierungen von gleichgeschlechtlichen Paaren mehr gibt? Weil die Höchstgerichte sie alle bereits beseitigt haben?

Womit wir beim zweiten Aspekt wären, nämlich der Rolle eben dieser Höchstgerichte: Haben jene wirklich das Recht, den für unseren Kulturkreis maßgeblichen Ehebegriff aufzuheben? Folgt man der Argumentation der ÖVP-Abgeordneten Michaela Steinacker, könnte es demnächst so weit kommen, zumal die ÖVP ihren „Mut“ aus mehreren anhängigen VfGH-Verfahren schöpfte und weniger aus einer konservativen Überzeugung: „(...) sind derzeit verschiedene Beschwerden beim VfGH anhängig (...) weil gleichgeschlechtliche Partner die Ehe nach dem Ehegesetz nicht schließen dürfen, (...) Wir gehen davon aus, dass der VfGH dieses Thema zeitnah entscheiden wird.“

Meine Prognose lautet daher, dass die „Homoehel“ in der nächsten Legislaturperiode kommen wird. Die ÖVP wird auf Zuruf der Höchstgerichte umfallen. Es sei denn, die FPÖ kommt in die Regierung und verhindert im Wege eines entsprechenden Koalitionspaktes eine Änderung des § 44 ABGB.



International

Was die Grünen waren, was sie wurden

Von Rolf Stolz



Von Beginn an, als sich im März 1979 in der Bundesrepublik Deutschland die *Sonstige Politische Vereinigung (SPV) DIE GRÜNEN* für die Europawahlen zusamm tat, bewegte sich diese neue politische Kraft im Spannungsfeld zwischen Verbalradikalität und Anpassungsreflexen.

Dem großen Ziel, die Dinge in Deutschland in Bewegung zu bringen und zugleich das sowohl von industriellem Wachstumswahn und der Jagd nach dem maximalen Profit, wie auch von einem drohenden Atomkonflikt bedrohte Überleben der Menschheit zu sichern, standen all die kleinen Tagesinteressen einer extrem heterogenen Parteibewegung und Bewegungspartei gegenüber. Global in den großen weltpolitisch-geschichtlichen Zusammenhängen zu denken und zugleich aus diesem Geist heraus vor Ort zu handeln – das war auch damals eher die Ausnahme als die Regel.

Bei der Europawahl am 10. Juni 1979 scheiterten die Proto-Grünen zwar an der damaligen 5%-Sperrklausel, erreichten aber mit Herbert Gruhl und der vom *Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU)* kommenden Petra Kelly als Spitzenkandidaten fast 900.000 Stimmen (3,2 %), was nicht nur ein Achtungserfolg war, sondern auch 4,5 Millionen DM Wahlkampfkostenerstattung einbrachte.

Anfang November 1979 kamen in der Offenbacher Stadthalle rund 2000 Menschen zusammen, um über die Gründung einer grünen Partei zu beraten – ein Spektrum, das von Anarchisten bis zu Linkslibe-



Vom Antifaschisten Gruhl bis zum Antistalinisten Dutschke – das schloss Konservative und Linksozialisten ein, aber Neonazis und die „Realsozialisten“ der DKP/SED aus. Fatal war, dass Rudi Dutschke am 24. 12. 1979 starb – ertrunken durch einen epileptischen Anfall, eine Spätfolge des Attentats. Dadurch fehlte Herbert Gruhl der wichtigste Verbündete auf der Linken.



Zwei Parteiflügel? – Foto: Heiko Behn

ralen, von Ex-Kommunisten (aber auch halben bis dreiviertel Noch-Kommunisten) bis zu Konservativen, von heimatlosen Rechten bis zu antipolitischen Naturschützern reichte.

„Von Gruhl bis Dutschke“

Viel Zustimmung fand die Konzeption, eine „von Gruhl bis Dutschke“ reichende „Anti-Parteien-Partei“ zu bilden. Herbert Gruhl (1921-1993), von 1969 bis 1978 Bundestagsabgeordneter der CDU und von 1969 bis 1976 deren umweltpolitischer Sprecher, hatte bei seinem Parteiaustritt 1978 sowohl ökologische Gründe genannt (den fanatischen Wach-

tumskurs des Industrielobbyisten Helmut Kohl) als auch friedenspolitische (das Streben von Kohl und Strauß nach deutschen Neutronenwaffen) wie allgemein demokratische (die Verwicklung der CDU/CSU in den Spendensumpf).

Die 1978 von Gruhl gegründete *Grüne Aktion Zukunft (GAZ)* wurde zu einer der Vorläuferorganisationen der *Grünen*. Vor allem aber gewann er Einfluss als Deuter der globalen Krisen. *Ein Planet wird geplündert – die Schreckensbilanz unserer Politik* wurde 1975 zum Bestseller und gehört ebenso wie *Das irdische Gleichgewicht. Ökologie unseres Daseins (1982)* und *Himmelfahrt ins Nichts – Der geplünderte Planet vor dem Ende (1992)* zu den



Mit der bedingungslosen Unterwerfung unter den Rechtsbruch des großkoalitionären Merkelismus 2015, per Grenzöffnung freie Bahn für Multi-Kulti-Irrsinn, Überfremdung und Bevölkerungsaustausch zu schaffen, brachen die Grünen endgültig mit den Prinzipien des „Saarbrücker Programms“ von 1980: „Ökologisch, sozial, basisdemokratisch und gewaltfrei.“



klassischen Werken der ökologisch-politischen Publizistik – momentan fast vergessen, aber weiter aktuell und bedeutend.

Ähnlich mutig, unbestechlich und konsequent war der charismatische Rudi Dutschke (1940–1979). 1967/68 prägte er die antiautoritäre Studentenrevolte und die außerparlamentarische Opposition, bis ihn am 11. 4. 1968 ein durch die Medien, vor allem die Springer-Presse, aufgeheizter Arbeiter niederschoss. Erst Jahre später kehrte Rudi Dutschke zurück in die deutsche Politik.

Die in Offenbach bejubelte Idee einer Partei, in der sich Ökologen, Pazifisten und Radikaldemokraten zusammenfinden konnten, schien das Gebot der Stunde. Vom Antifaschisten Gruhl bis zum Antistalinisten Dutschke – das schloss Konservative und Linksozialisten ein, aber Neonazis und die „Realsozialisten“ der DKP/SED aus. Fatal war, dass Rudi Dutschke am 24. 12. 1979 starb – ertrunken durch einen epileptischen Anfall, eine Spätfolge des Attentats. Dadurch fehlte Herbert Gruhl der wichtigste Verbündete auf der Linken.

Gruhl, genial als Analytiker, war ein mäßiger Rhetoriker und ein miserabler Politiker – unbeugsam bis zur Starrheit, undiplomatisch und taktisch ungeschickt. Statt bei der Saarbrücker Bundesversammlung der *Grünen* im März 1980 als einer der drei Sprecher zu kandidieren, trat er erst auf der Dortmunder Bundesversammlung im Juni 1980 nach dem Rücktritt August Haußleiters erfolglos gegen den wie dieser aus der *Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher (AUD)* stammenden Dieter Burgmann an. Daraufhin zog er sich zurück, um schließlich 1982

die *Grünen* zu verlassen und die *Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP)* zu gründen, aus der er wegen ihres dezidiert antinationalen, gegen die Wiedervereinigung gerichteten Kurses 1989 austrat.

Eine Partei im Wandel

Wer wie ich den Weg der *Grünen* von Anfang an verfolgt hat (als Mitglied der Bundesprogrammkommission 1979/80 und des ersten Bundesvorstands 1980/81, als Initiator von *Ökologie International*, als Bundestagskandidat usw.), der hat den Wandel der Zeiten und das Auswechseln der Wegzeichen hautnah erleben dürfen. Waren die *Grünen* ursprünglich eine Agglomeration von Individualisten und Spezialgrüppchen – bewegt, dissonant und voller Überraschungen, so wurden sie mit zunehmenden Erfolgen berechenbarer, aber auch saturierter und ideenloser.

1983 konnte ich noch im Auftrag der Partei den ersten deutschlandpolitischen Kongress der *Grünen* in Köln organisieren, mit demselben Mandat 1984 mit Manfred Stolpe, Günter Gaus und Peter Bender öffentlichkeitswirksam im Politischen Club der Akademie Tutzing über Deutschland debattieren und dort, wo Egon Bahr 1963 die „Neue Ostpolitik“ des „Wandels durch Annäherung“ entworfen hatte, einen Weg zur Konföderation BRD/DDR und zur Wiedervereinigung entwerfen.

1983 gelang es mir, auf dem Duisburger Parteitag die *Grünen* dazu zu bewegen, die Forderung nach dem Abzug aller fremden Truppen zu erheben. 1987 und 1990 proklamierten die grünen Wahlprogram-



Rolf Stolz war Aktivist in der Studentenbewegung und Mitglied kommunistischer Gruppen. 1980 wurde er ein Mitgründer der Grünen. Er publiziert in zahlreichen Zeitschriften, u.a. auch in der *Jungen Freiheit* und in *Compact*, und bezeichnet sich als dissidentischen Linken zwischen den Fronten.



me: „Wir müssen raus aus der NATO, weil es mit der NATO keinen Frieden geben kann und die Schwächung, Desintegration und schließlich Aufhebung dieses Militärpaktes unabdingbar ist, um Frieden zu schaffen.“ Der von mir 1984 gegründete Initiativkreis *Linke Deutschland-Diskussion (LDD)* und die *Koordination Friedensvertrag* vereinigten damals die Aktivisten, die ein anderes Deutschland wollten – vom ersten Tag an konfrontiert mit einer Hasskampagne des linken Sumpfes und der etablierten Politik.

Mitte der achtziger Jahre setzte sich mit dem grünen Bundestagsabgeordneten Dirk Schneider (1939-2002, seit 1975 in Stasi-Diensten, 1983-85 Mitglied des Bundestages) und seinem Nachfolger im Innerdeutschen Ausschuß, dem später ebenfalls zur SED-Nachfolgepartei PDS gewechselten Henning Schierholz (1949-2007), eine Politik durch, die die deutsche Zweistaatlichkeit für sakrosankt erklärte und eine Art „Ständige Vertretung der SED in den Grünen“ etablierte. Man unterwarf sich dem Zeitungsgeist. Erst Anfang April 1990 – noch nach der PDS – gaben die West-Grünen ihre verbissene Verteidigung der Spaltung Deutschlands auf.

Die Grünen und der Globalismus

Nachdem die „Fundamentalisten“ von den „Realos“ aus der Parteiführung gedrängt worden waren, transformierten Fischer & Co. ab 1990 die Partei zu einer olivgrünen Fünften Kolonne der USA und des Globalismus. Mit der bedingungslosen Unterwerfung unter den Rechtsbruch des großkoalitionären Merkelismus 2015, per Grenzöffnung freie Bahn für Multi-Kulti-Irrsinn, Überfremdung und Bevölkerungsaustausch zu schaffen, brachen die *Grünen*

endgültig mit den Prinzipien des „Saarbrücker Programms“ von 1980: „Ökologisch, sozial, basisdemokratisch und gewaltfrei.“

Was soll am Bevölkerungstransfer ökologisch sein, was am *Brain Drain*, dem Weglocken der Fähigsten aus den armen Ländern? Was ist sozial daran, Millionen Menschen mit *Hartz 4* und Ausbeutung im Schwarzarbeitssektor in Abhängigkeit zu halten und sich dies inklusive der Sozialindustrie vom arbeitenden Staatsvolk finanzieren zu lassen? Was ist basisdemokratisch daran, gegen das Grundgesetz (Asylrecht, § 16a) und den erklärten Willen der Mehrheit der Deutschen eine Einreise zahlloser in Deutschland Nicht-Asylberechtigter zuzulassen? Wo bleibt die Gewaltfreiheit, wenn der Staat die Gewaltanwendung gegen politisch Missliebige wie die AFDler oder die *Identitären* als „Kampf gegen Rechts“ aktiv fördert?

2017 ist für die *Grünen* als Neo-FDP alles, was an die Futterkrippe führt, diskutabel, auch ein Arrangement als Merkels Fußabtreter – nur nicht eine Rückkehr zu den alten Werten und Einsichten. Um diese in Erinnerung zu halten und jene Mitglieder zu unterstützen, die nicht von politischem Alzheimer befallen und gewissensamputiert sind, sowie jene Apparatschiks zu quälen, die mich unbequemen Mahner lieber heute als morgen los wären – darum bin ich noch Mitglied einer Partei, die ein großer Versuch war.

Der sollte uns daran erinnern: Die lagerübergreifende Bewegungs- und Querfrontpartei jenseits von *links* und *rechts*, also das, was einmal mit „von Gruhl bis Dutschke“ gemeint war, ist eine unerfüllte Hoffnung. Aber ein möglicher Ausweg ist immer noch besser als eine garantierte Katastrophe.

Collusion News Networks

Von Jörg Mayer



Wenn man den deutschsprachigen Medien Glauben schenken darf, werden die USA gegenwärtig von einem Vollidioten regiert. Von einem Mann, der nicht nur selber unglaublich dumm, ungeschickt und lächerlich ist, sondern der auch in seinem Kabinett nur Wahnsinnige, Ahnungslose und Fanatiker versammelt hat. Unerhört eigentlich, dass sich das amerikanische Volk nicht von *Zeit*, *Spiegel* und *Welt* vorschreiben lässt, wen es gefälligst zu wählen hat.

Dabei sind deren „Berichte“ gar nicht so schlecht, sie sind immerhin tadellos abgeschrieben aus *New York Times* und *Washington Post*, den Haus- und Hofmedien der in Richtung Linksradikalismus ausgerichteten Demokratischen Partei. Deren zahlreichen Nachmeldungen, dass die große Story des Vortages sich doch nicht bestätigt habe und daher widerrufen werden müsse, schaffen es allerdings nie bis auf unsere Seite des Atlantiks.

Das gilt auch für das spektakuläre Undercover-Video, das von einem CNN-Produzenten zu drehen gelungen ist, als er frei von der Leber weg bekannte, dass die große Verschwörung zwischen Donald J. Trump und der Regierung Russlands eine Ente ist, die nur deshalb verbreitet wird, weil viele Menschen genau das hören wollen. Die Idee eines Ethos im Mediengeschäft sei illusionär, es gehe ausschließlich um Quoten und Profit, und Trump habe wohl Recht, wenn er von einer Hexenjagd spricht. Hört, hört!

Eigentlich wäre das doch eine Riesenmeldung, aber bei dem peinlichen Inhalt haben auch unsere Medien darüber lieber den Mantel des Schweigens ausgebreitet. Lieber ein paar Artikel mehr zur Russland-Story, die längst alternativlos geworden ist: Wenn man ein Jahr lang an einem *Nothing Burger*

bäckt, kann man ohne Gesichtsverlust ohnehin nicht mehr abspringen, noch dazu beim erbarmungslosen Konkurrenzkampf im Internet. Nur die reißerischsten, skandalträchtigsten Meldungen werden eben angeklickt – und Klicks bedeuten bitter benötigtes Geld für eine aushungernde Branche.

Natürlich weiß man in den Medienhäusern, dass man mit der Glaubwürdigkeit auch die eigene wirtschaftliche Zukunft verspielt, aber der schnelle Gewinn ist unwiderstehlich: Scharen an linken Lesern, die alles gerne glauben, sind auf dem Markt zu haben. Die Ironie daran: Ohne diese Mechanismen hätte Trump vor einem Jahr nie die unbezahlte Sendezeit gehabt, die seine Kampagne erst kickstartete. Vielleicht spielt sich vor unseren Augen also auch die kollektive Schuldbewältigung einer Branche ab. *The Donald*, dessen Agenda immer noch schneller umgesetzt wird, als ein Linksradikaler „Impeachment“ fehlerfrei buchstabieren kann, wird sich darüber zwar ärgern, aber zuweilen wohl auch insgeheim schmunzeln müssen.

PS: Gegen Barack Obamas ehemalige Justizministerin Loretta Lynch wird zurzeit wegen (man höre und staune!) Behinderung der Justiz ermittelt. Außerdem gegen die Ehefrau des knuffigen Alt-Sozi Bernie Sanders wegen (man höre und staune noch mehr:) Bankbetrugs. Und Hillary Clinton, ist sie immer noch auf freiem Fuß? Sehr tüchtig! Wenigstens in ihrem Fall wird der Borschtsch also doch nicht so heiß gegessen, wie er gekocht wird.

Sieht so aus, als wäre einer der wenigen, gegen den *persönlich*, allen anderslautenden Innuendos zum Trotz, noch nie ermittelt wurde noch ermittelt wird: Donald J. Trump.

Der liebe Gott hat schon Humor.

Pieter Lastman - Jona und der Wal, 1621
Museum Kunstpalast, Düsseldorf



Feuilleton



Der Wal

Von Norbert Nemeth



Denken wir an *Moby-Dick*, so bauen sich unweigerlich die Bilder des Hollywood-Klassikers aus dem Jahre 1954 vor unserem geistigen Auge auf: Ismael, der auf der *Pequod* anheuert, um unter dem Kommando des einbeinigen Kapitän Ahab (dargestellt von Gregory Peck) auf Walfang zu gehen. Doch bald schon muss der einsame Erzähler Ismael erkennen, dass Ahab nur von einem einzigen Ziel besessen ist: nämlich den weißen Wal zu töten.

M*oby-Dick* begegnet dem aufmerksamen Zuschauer auch in einem ganz anderen filmischen Meisterwerk. Wer genau hinsieht, kann erkennen, dass Herman Melvilles 1851 erschaffener Roman an so mancher Stelle des RAF-Dramas *Der Baader Meinhof Komplex* auftaucht. Eine Feststellung, die aufs Erste verwundert. Was könnte Melvilles Wal mit dem Terror der 1970er Jahre zu tun haben? Warum war Kapitän Ahab das Vorbild des linken Terroristen Andreas Baader? Warum schmuggelten die Inhaftierten der RAF Waffen und Kassiber am liebsten in *Moby-Dick*-Ausgaben?

Fragen, deren Beantwortung einen genaueren Blick in Melvilles Meisterwerk erfordert. Der Schlüssel zum Verständnis liegt insbesondere im 9. Kapitel *Die Predigt*. Hier lässt der Autor die Figur des *Vater Mapple* das Gleichnis vom ungehorsamen Jona erzählen, dessen einziges Ziel es ist, vor Gott in ein Land zu fliehen, das nicht Gott, sondern allein die Kapitäne der Erde





regieren. Doch Jona soll seine Flucht nicht gelingen. Ein Wal vereitelt seinen Plan von der Errichtung einer gottlosen Gesellschaft: „Und nun sehet, wie Jona hochgehoben und wie ein Anker ins Meer geworfen wird! (...) Der Wal aber lässt all seine Elfenbeinzähne wie weiße Riegel über seinem Kerker zusammenschnappen. (...) Er spürt, dass seine Strafe gerecht ist. (...) Jona ist in Tharsis niemals angekommen.“

Der Wal erweist sich somit als das entscheidende Hindernis zur Realisierung von Jonas gottlosem Plan. Solange der Wal wacht, kann die gottlose Gesellschaft nicht errichtet werden. Und das ist genau der Punkt, an dem Kapitän Ahab die Bühne betritt. Er ist einzig von einem Ziel getrieben: den Wal töten, um den Weg zur Flucht vor Gott zu ermöglichen. Dafür ist er bereit sich selbst zu opfern. Diesem Ziel ordnet er bedingungslos alles andere unter. Als die *Pequod* im 128. Kapitel dem Walfängerschiff *Rachel* begegnet und dessen Bitte zur Suche nach Schiffbrüchigen ablehnt, nimmt Ahab den Bruch mit dem Rest der menschlichen Zivilisation ohne Weiteres in Kauf.

Gewidmet ist *Moby-Dick oder Der Wal* Nathaniel Hawthorne „zum Zeichen meiner Bewunderung für sein Genie“, wie Melville 1851 schrieb. Dabei ist der Briefwechsel zwischen den beiden Schriftstellern aufschlussreich, zumal diese Korrespondenz die Intention von Melvilles Parabel unterstreicht: „Soll ich Ihnen eine Flosse des Wals schicken, als Happen zum Vorkosten? Der Schwanz ist noch nicht gar – obwohl das Höllenfeuer, über dem das ganze Buch gegrillt wird, es eigentlich schon längst durchgegart haben müßte. Dies ist das Motto (das geheime) des Buchs – *Ego non baptizo te in nomine* – aber finden Sie den Rest selbst heraus.“

Vor diesem Hintergrund lohnt sich ein Blick auf Hawthornes Schaffen, zum Beispiel in den ebenfalls 1851 erschienenen Roman *Das Haus mit den sieben Giebeln*, ein Werk, das insgeheim um das Verhältnis zwischen Amerika und Europa kreist. Im Nachwort erklärt die amerikanische Schriftstellerin Susan Sontag:

„Hinter all diesen Antithesen sei aber nicht nur der Wunsch der Amerikaner zu erkennen, sich von Europa abzulösen und unabhängig zu werden, sondern zugleich eine tiefer wirksame Tendenz, der Wille nämlich, die europäischen Werte und die Macht Europas insgesamt zu untergraben und abzutöten.“

Europas Werte abtöten... den Wal töten... Zwei Giganten der amerikanischen Literatur reichen sich die Hand zum Bunde. Zu einem Bunde, von dem tiefgründig nichts Gutes zu erwarten ist. Vor allem nicht, wenn man sich vor Augen hält, dass Thomas Hobbes dem mythischen Symbol des *Leviathan* in seiner Staatslehre eine über das Jona-Gleichnis hinausgehende Bedeutung zumaß. Hobbes *Leviathan* erschien übrigens im Jahr 1651, also exakt zweihundert Jahre vor Melvilles *Moby-Dick oder Der Wal* und Hawthornes *Das Haus mit den sieben Giebeln*.

In seiner Hobbes-Analyse von 1938 erklärt Carl Schmitt: „In der politischen Lage des 17. Jahrhunderts, d.h. im Kampf der absoluten Staatsgewalt mit dem ständischen Adel und der Kirche, bedeutet der Leviathan ein Bild der höchsten und ungeteilten, stärksten irdischen Macht, für welche das nach der Bibel stärkste Tier ein Bibelzitat – keine Macht auf Erden kann mit ihm verglichen werden (Hiob 41, 24) – liefert.“ Schmitt selbst war es vorbehalten, den Leviathan der Bibel mit dem Symbol des starken Staates zu verbinden: „Wenn der Staat den Ausnahmezustand nicht mehr rechtlich zu verfassungsmäßigem Zustand vermag, verbürgt die theologische Reflexion noch die rechtliche Wertung. Jenseits des Staates gibt es ein Gottesrecht.“

Fazit: Der Wal, der die Flucht vor Gott verhindert, ein Symbol des starken Staates, der unsere zivilisatorischen Errungenschaften bewahrt und gleichzeitig unsere größte Errungenschaft IST. Andreas Baader und seinen Konfidenten war das eine wie das andere ein Dorn in Auge, für dessen Vernichtung man das eigene Leben gab. Im Gegensatz dazu ist der Freiheitliche Mensch aufgerufen, seine schützende Hand über den Wal zu halten.

Absonderliche Gleichnisse

Von Ralph Sobetz



Die Gemeinschaft

Zum Wochenende lädt Sie ein Freund zu einer Bergfahrt in geselliger Runde ein. Vor dem Aufbruch stellen alle ihre Rucksäcke vor Ihnen ab und gehen los. Jeder hier habe seine Aufgabe, erklärt Ihr Freund, Ihnen falle die vergleichsweise einfache zu, die Rucksäcke der Teilnehmer den Berg rauf und runter zu tragen. Andere hätten bereits wichtigere Aufgaben. Bald erkennen Sie, worin diese bestehen.

Während sie unter zahlreichen Rucksäcken wanken, geht ein Kamerad vor Ihnen her und sagt, wohin Sie steigen dürfen und wo nicht. Ein anderer folgt Ihnen und überprüft, ob Sie sich daran halten. Ein dritter legt ihnen Steine in einen der Rucksäcke, sooft Sie daneben treten. Andere laden weitere Bergsteiger ein, Ihnen deren Rucksäcke aufzulegen. Einer zählt den Takt vor, wieder andere überprüfen Ihre Aufstiegs geschwindigkeit. Einige, deren Aufgabe Ihnen unklar bleibt, meinen, Sie verzögerten den Aufstieg, andere, es mangle an fähigen Trägern in den Bergen.

Am Gipfel wird die Abhaltung einer zünftigen Jause beschlossen. Aus den Rucksäcken kommen Motoröl, Wörterbücher und ein Haarfön zum Vorschein. Es stellt sich heraus, dass niemand Essen eingepackt hat, außer Ihnen. Rasch ist man sich einig: Aufgrund Ihrer bevorzugten Lage gegenüber den Hungernden sei es nur gerecht, Ihre Jause unter allen Anwesenden aufzuteilen. Einige beschwerten sich, dies sei doch arg wenig für so viele, und regen an, Sie mögen das nächste Mal doch bitte mehr mitnehmen.

Nach dem Abstieg meint Ihr Freund, es sei zwar nicht alles völlig glatt gelaufen, aber das würden Sie sicher noch hibekommen, und lädt Sie für die Folgeweche zu einer weiteren Bergfahrt ein. Als Sie abwinken, ist er entsetzt. Den anderen zugewandt verlaublicht er, Sie seien das Urbild des Eigenbrötlers und Abweichlers, der die Bedeutung des gemeinschaftlichen Zusammenhalts im Gebirge nicht begreife. Menschen wie Sie seien es, an denen das Bergsteigen kranke.

Die Gäste

Sie kommen nach Hause. Auf Ihrem Sofa sitzt ein fremder Mann. Der teilt Ihnen mit, er wohne ab nun hier, doch sei zu bemängeln, dass der Inhalt Ihres Kühlschranks keineswegs seinen Vorstellungen entspreche. Auch die Bilder an der Wand habe er bereits abgehängt; diese seien ihm schlicht unzumutbar gewesen. Am schlimmsten jedoch sei Ihr Schlafzimmer. Was er dort gefunden habe, widerspreche allen guten Sitten.

Anderntags kommen Sie nach der Arbeit mit den gewünschten Lebensmitteln heim, doch es reicht kaum, denn nun sitzen da zwei Männer, die sich blendend unterhalten, während Sie zu kochen beginnen. In den folgenden Tagen trifft zahlreiche Verwandtschaft ein: Brüder, Tanten, Nichten und

Enkel, und der Kühlschrank leert sich rascher, als Sie nachkaufen können. Aufgrund des zunehmenden Gedränges in Ihrem Schlafzimmer wechseln Sie in die Abstellkammer. Für Sie ist das eine Frage der Menschlichkeit.

Bald erkennen Sie Ihr Zuhause nicht mehr, an Schlaf ist kaum noch zu denken, die Gäste kommen und gehen, Bad und WC sind belegt, Ihre Sachen verschwinden. Sie strengen sich an, den zahlreichen an Sie herangetragenen Forderungen nachzukommen, während die allgemeine Unzufriedenheit mit Ihnen spürbar wächst. Eines Tages schaut Sie jemand zwischen Tür und Angel an und fragt, wer Sie seien und was Sie hier zu suchen hätten.

Dort sei die Tür.



Das Streichtier

Ein Kindergarten hält ein kleines Krokodil als Streichtier. Manche Eltern äußerten diesbezüglich Bedenken, doch wurde ihnen beschieden: Krokodile fressen keine Kinder, außerdem sei dieses noch zu klein dazu. Doch wider Erwarten wächst das Krokodil, und eines Tages fehlt die Katze. Die Kindergartenleitung verlautbart, das Verschwinden der Katze hätte nichts mit dem Krokodil zu tun, weiters habe dieses weder zugenommen, noch sei es gewachsen. Eltern, die mit Waagen und Maßbändern anrücken, werden mit beleidigter Miene als crocophob abgewiesen.

Doch intern wird beschlossen, das Krokodil auf rein pflanzliche Ernährung umzustellen, um dem Verschwinden weiterer Streichtiere vorzubeugen. Bedauerlicherweise bewirkt dies genau das Gegenteil: Kaninchen, Schoßhund und Zwergziege verschwinden spurlos, während das Krokodil dicker

und länger wird. Ein Sprecher beruhigt: Krokodile seien Pflanzenfresser; ein Zusammenhang zwischen dessen unbestätigter Zunahme und den bedauerlichen Einzelfällen könne folglich ausgeschlossen werden. Eltern, die vorschlagen, das Krokodil doch endlich in den Zoo zurückzubringen, wo es hingehöre, werden von der Kindergartenverwaltung als radikale Extremisten bezeichnet.

Zum Entsetzen aller fehlt eines Tages ein Kind. Als es die Kindergartenante schließlich findet, hängt noch ein Arm aus dem Maul des Krokodils. Alle schlagen die Hände über dem Kopf zusammen und fragen sich, wie es so weit kommen konnte. Wer hätte ahnen können, dass Streichtiere Kinder fressen? Die Kindergartenleitung drückt den Eltern ihre tiefste Betroffenheit und Anteilnahme aus: Man werde die Kinder künftig im Umgang mit Krokodilen schulen.

Das Loch im Knie

Sie sitzen bei Kaffee und Kuchen, da tritt jemand an Sie heran mit dem Ansinnen, Ihnen ein Loch ins Knie zu bohren. In der Hand hält er einen Akkuschauber und ein Set Metallbohrer, aus dem er eben einen Durchmesser zu wählen scheint. Sie antworten, der Zeitpunkt sei gerade ungünstig, ein andermal vielleicht. Das Gegenüber ist verblüfft. Wieso wollen Sie kein Loch ins Knie? Jeder hätte heutzutage doch schon ein Loch im Knie. Was würden alle anderen sagen, wenn sie erführen, dass Sie kein Loch im Knie wollen? Sie sagen, gut, Sie überlegen es sich noch, und wenden sich wieder Ihrem Kaffee zu.

Jetzt wird der der Mann ernstlich böse. Sie hielten sich wohl für etwas Besseres. Er bestehe darauf, Ihnen ein Loch ins Knie zu bohren, denn das sei schließlich im Sinne aller. Andernfalls mögen Sie

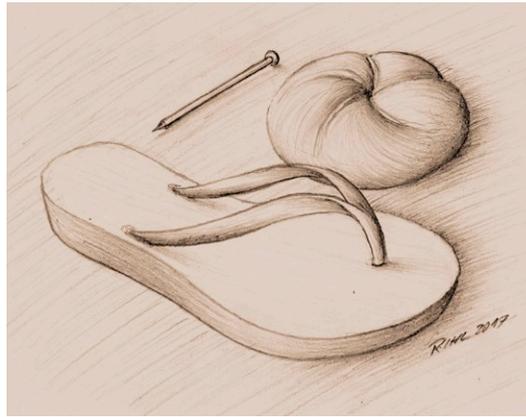
bitte schriftlich erklären, wie Sie zu dem eigennützigen Wunsch kämen, kein Loch ins Knie gebohrt zu bekommen wie alle anderen. Im Übrigen seien diese durchweg restlos zufrieden damit. Nachdem Ihre Ruhe nun schon einmal dahin ist, werden Sie nun ihrerseits ungehalten und schicken den Mann mit einigen begleitenden Worten fort.

Am nächsten Tag lesen Sie in der Zeitung, welch Unmensch Sie seien. Sie seien ein Hasser, ein Feind, genau die Art von Mensch, die kleine Kinder lebend am Grill röste, um sich an deren Geschrei zu erfreuen. Als Sie feststellen, dass man ihr Telefon stillgelegt, ihr Bankkonto gesperrt, ihren Arbeitsplatz gekündigt und das Sorgerecht für Ihre Kinder der Öffentlichkeit übertragen hat, fliegt mit einem Klirren ein Stein durch Ihr Fenster.



Die Werk­tätigen

Es geht darum, einen Nagel in die Wand zu schlagen. Einige schlagen vor, den Nagel mit einer Strandsandale einzuschlagen, andere empfehlen, es mit einer Kaisersemmel zu versuchen. Einer meint, wenn man einen Nagel einschlagen will, dann brauche man dazu einen Hammer. Doch die anderen winken ab und ersuchen ihn, er möge doch bitte still sein angesichts seiner Einfalt: Das Einschlagen eines Nagels sei ein unendlich verwickelter Vorgang, für den Einzelnen undurchschaubar und nur mit vereinten Kräften zu bewerkstelligen. Doch bald zeigt sich, dass alle Ideen nicht



zum gewünschten Erfolg führen, denn wider Erwarten lassen sich weder mit Strandsandalen noch mit Kaisersemeln Nägel einschlagen. Auch Versuche mit Bademänteln und Lutschbonbons schlagen fehl. Das Problem wird folglich als vorderhand unlösbar vertagt. Ein Komitee innerhalb der

Fachbereichsgruppe *Nägel und Werkzeuge* wird gegründet und einer neu einberufenen Führungsebene unterstellt, die mit weitreichenden Durchgriffsrechten ausgestattet wird, um das Einschlagen des Nagels bereits in wenigen Jahrzehnten zuverlässig sicherzustellen.

Die Bürgschaft

Ihr Nachbar hat zehn Kinder von vier verschiedenen Frauen, ist seit zwölf Jahren arbeitslos, trinkt täglich eine Kiste Bier, raucht zwei Packungen Zigaretten dazu und kauft sich einen nagelneuen Sportwagen. Das Geld dafür brachte ihm ein Herr im schwarzen Anzug mit schwarzer Sonnenbrille in einem schwarzen Koffer in einem schwarzen Wagen mit schwarzen Scheiben.

Einige Tage später steht Ihr Nachbar auf Ihrer Türmatte und beklagt sein ungerechtes Schicksal: Er habe mit dem neuen Sportwagen mit leicht überhöhter Geschwindigkeit und etwas zu viel Bier im Blut eine Kurve beinahe geschafft und sei folglich nahezu unverschuldet verunfallt. Der Wagen sei in denkbar schlechtem Zustand und der Mann im schwarzen Anzug davon denkbar wenig

erbaut. Die Lage ist klar, der Mann braucht Geld.

Sie weisen auf Ihre eigenen Schulden bei der Bank und die Belastung ihres Hauses hin, aber Ihr Nachbar versichert glaubhaft, er würde das Geld sicher bald zurückzahlen. In Anbetracht seiner schwierigen Lage versprechen Sie zu sehen, was Sie für ihn tun können. Also gehen Sie zu Ihrer Hausbank und erklären dort, Sie bräuchten jetzt sofort drei Jahresgehälter auf die Hand für den gewesenen Sportwagen Ihres mittellosen Nachbarn.

Sagt der Beamte: „Warum sagen Sie das nicht gleich? Als Sicherheit bräuchten wir nur die Arbeitskraft Ihre Kinder und Enkel auf Lebenszeit.“ Und weil Sie wissen, dass Ihr Nachbar im Grunde ein netter Kerl ist, unterzeichnen Sie mit gutem Gewissen den Vertrag.



Ralph Sobetz ist Architekt und staatlich geprüfter Ziviltechniker.
Publizistisch trat er u.a. mit seinem neuen Sachbuch
Die Waffe im Haus in Erscheinung.



Die Behämmerten

In einem fernen Land ist es Brauch, dass sich die Leute mehrmals täglich mit dem Hammer auf den Kopf schlagen. Infolgedessen liegen alle beständig mit Kopfschmerzen darnieder, und folglich ist in diesem Lande alles so schrecklich, dass die Menschen in Massen daraus flüchten müssen.

Sie flüchten um die halbe Erde, in ein Land, in dem sich niemand mit dem Hammer auf den Kopf schlägt. Und sie stellen fest: In diesem Land ist alles viel besser, hier gefällt es uns, nur eines sagt uns gar nicht zu, nämlich dass sich niemand hier mit dem Hammer auf den Kopf schlägt. Ihr erstes Anliegen ist es also, ihre Angewohnheit im neuen Land zu verbreiten. Einige beginnen, Hämmer zu verteilen, denn das ist das einzige, was sie aus ihrem Heimatland mitgebracht haben.

Doch einige der Gastgeber lehnen es rundheraus ab, sich mit dem Hammer auf den Kopf zu schlagen. Das habe noch kein Land vorangebracht, es sei eine ganz und gar schädliche Unsitte, die genau zu dem Elend führe, das dort herrsche, wo sie verbreitet sei. Man erkenne das bereits an den gestiegenen Kosten für Pflaster und Verbände und den steigenden Krankenständen. Andere hinwieder werfen jenen nun mangelnde Gastfreundschaft vor und suchen Wege

zu einem gemäßigten Kopfhämmern miteinander. Sie machen sich Gedanken, wie den Flüchtlingen zu helfen sei: Mit Stahlhelmen? Mit Gummihämmern? Einer schlägt sogar vor, jeder im Gastland – jeder – solle sich mit dem Hammer auf den Kopf schlagen, als Zeichen der Einigkeit und Zusammengehörigkeit mit den Menschen, die dies aus Überzeugung tun.

Schmerzmittel und Verbände werden zur Mangelware, die Fehltage steigen in ungekannte Höhen, die Wirtschaft des Landes bricht ein, denn sie leidet gleich mehrfach. Schließlich platzt einem der Gastgeber der Kragen: Das Leben sei besser gewesen, bevor man angefangen habe, sich mit Hämmern auf den Kopf zu schlagen. Die Neuankömmlinge mögen bitte damit aufhören, oder ansonsten in ihre Heimatländer zurückkehren. Wenn sie ihr Elend in das Gastland hineintrügen, sei am Ende niemandem gedient.

Da ist das Geschrei groß: Dieser weltfremde Vereinfacher sei ein Gegenstand des Hasses erster Güte, er sei eine große Peinlichkeit für sich selbst und die ganze Welt. Man möge ihn bitte zum Schweigen bringen; man habe Wichtigeres zu tun, wie etwa gemeinschaftlich neue Wege des Kopfhämmerns zu finden.

Von Pfeifenrauch und Besonnenheit

Von Laila Mirzo



Das Streichholz gleitet über die der raue Oberfläche und entzündet ein kleines Feuer. Ich warte bis die Flamme geatmet hat und entlang des Holzes weiterwandert, bis sie die Kraft hat, den Tabak zu entzünden. Vom Feuer geküsst, bäumen sich die Tabakfäden auf, um sich gleich wieder glimmend zu ergeben. Ich ziehe an der Pfeife und schmecke den rumgetränkten Tabak. Ich atme wieder aus und schaue dem Rauch zu, wie er emporsteigt, sich zum Abschied verneigt und dann vom Wind davongetragen wird. Meine Gedanken folgen ihm.

In diesem Moment scheint die Welt still zu stehen. Entrückt aus der Hektik des Alltags finde ich mich auf dem Schachbrett des Lebens wieder. Zug um Zug ordne ich die Schachfiguren, räume auf in meinem Kopf: Das Chaos weicht der Ordnung. Beim Schreiben schätze ich diese Zäsur. Wenn die Gedanken in eine Sackgasse führen, vermag dieser Abstand wieder eine gesunde Objektivität zu verschaffen. Eine Objektivität, die in unserer aufgepeitschten und ideologisierten Welt guttut.

Journalisten und Medienhäuser wären gut beraten, Tugenden wie Objektivität und Besonnenheit wieder größer zu schreiben, anstatt kopflos oder gar bewusst manipulierend *Fake News* zu verbreiten. Der Reputationsverlust macht den Leitmedien ja er-

heblich zu schaffen, so wirbt der Nachrichtensender *N-TV* jetzt schon mit dem Slogan: „Die Wahrheit und nichts als die Wahrheit“. Die Wahrheit – was früher ein Selbstverständnis journalistischer Arbeit war, ist heute schon ein Qualitätsmerkmal, mit dem man gegen die mediale Konkurrenz kämpft. Das Ringen um die Marktanteile wird am Ende auch durch Glaubwürdigkeit entschieden.

Liebe Kollegen da draußen, vielleicht solltet auch ihr die Besonnenheit wiederentdecken. Schon Platon zählte sie zu den Kardinaltugenden, sein Schüler Aristoteles übernahm sie gleichfalls in seinen ethischen Kanon. Setzt euch also hin, zündet euch eine Pfeife an und hört auf Onkel Einstein, der 1950 über den Genuss der Tabakpfeife sagte: „Pfeife rauchen trägt zu einem einigermaßen objektiven und gelassenen Urteil über menschliche Angelegenheiten bei.“

Der passionierte Pfeifenraucher sagte auch: „Bevor man eine Frage beantwortet, sollte man immer erst seine Pfeife anzünden.“ Vielleicht hätte auch unser Herr Bundespräsident gut daran getan, sich vor seinen Kopftuch-Empfehlungen doch eine Pfeife anzuzünden. In diesem Sinne bleibt nur noch zu sagen: Es wird bestimmt der Tag kommen, an dem wir alle Politiker bitten müssen sich endlich eine Pfeife anzuzünden.



Besprechungen



Christoph Luxenberg: Die syro-aramäische Lesart des Koran

Von Laila Mirzo



Sex sells! Nicht nur Autos lassen sich besser verkaufen, wenn sich schöne Frauen auf ihnen räkeln. Dieses Marketingprinzip ist uralt. Und es zeugt von einer ausgeklügelten Raffinesse, Gotteskrieger den Märtyrertod mit der Erfüllung ihrer sexuellen Fantasien schmackhaft zu machen. Gerade in einer Kultur, in der Mann und Frau schon von Kindesbeinen an streng getrennt sind und jeder außereheliche Kontakt zwischen den Geschlechtern verboten ist, ist die Aussicht auf eine unbeschränkte sexuelle Freizügigkeit im Jenseits sehr verlockend.

Der Märtyrertod spielt im Islam eine bedeutende Rolle, denn ein Moslem, der im Kampf für den Islam stirbt, erhält einen Freifahrtschein ins Paradies. Während alle anderen Menschen nach ihrem Tod geduldig in ihren Gräbern warten müssen, bis der Erzengel Israfil mit seiner Posaune den Jüngsten Tag einläutet und den Seelen den Befehl gibt, wieder in die Körper zurück zu gehen, steigt die Seele des Dschihadisten sofort ins Paradies auf, wo sie von 72 Jungfrauen erwartet wird. Die paradiesischen Schönheiten beflügelten schon die Phantasie der frühen islamischen Gelehrten, die ein sehr konkretes Bild von diesen „großäugigen Huris“ zeichneten:

„Ihr Angesicht wird so glänzend wie der Mond in der Vollmondnacht. Ihr Körper wird weich und geschmeidig wie eine knospende Dattel,



und ihr Leib duftet wie Moschus. (...) Sie haben außer den Augenbrauen, dem Haupthaar und den Augenwimpern kein Haar, weder unter den Achseln noch an den Schamteilen.“

Die Jungfer duftet also nach Moschus. Für den Dschihadisten kann dies wohl kaum gelten, denn er wird vor seiner Bestattung nicht gewaschen. Allah soll den Märtyrer als solchen erkennen. So wird der Tote auch nicht in weiße Tücher gehüllt. Er tritt in seinem blutgetränkten Gewand vor Allah, als Beweis für sein irdisches Opfer.

Im Paradies wird der Dschihadist von den „Jungfrauen mit schwellenden Brüsten“ und „vollen Bechern“ für all seine Strapazen entschädigt. Diese Erfüllung männlicher Sehnsüchte ist ein erheblicher Kriegsmotor im Islam. Denn schon im Diesseits erhalten die Kämpfer die Frauen und Mädchen der Besiegten als Lohn für ihren Dschihad. Das Schicksal Tausender jesidischer Frauen, die vom IS als Sex-Sklavinnen missbraucht worden sind, ist dieser Belohnungsmentalität geschuldet. Auch die sexuellen Übergriffe muslimischer Migrantinnen in der berühmten Kölner Silvesternacht spiegelten den absoluten Anspruch auf die Frauen der Ungläubigen wider.

Und was ist mit den Frauen?

Nachdem auch weibliche Märtyrerinnen im Kampf gegen die Ungläubigen ihr Leben lassen, stellt sich die Frage, welche Belohnung auf die Frauen im Jenseits wartet. Die Antwort ist kurz und enttäuschend zugleich. Denn die Frauen müssen sich mit genau *einem* Mann zufriedengeben. Waren sie zu Lebzeiten verheiratet, wird ihnen genau dieser Ehemann wieder zur Seite gestellt und sie müssen dem Versprechen „Sie werden mit ihm zufrieden sein!“ Glauben schenken.

Für die Männer indes lässt die Paradiesvorstellung im Islam keine Wünsche offen. Während Homosexualität und Alkohol zu Lebzeiten streng ver-

boten sind, verspricht das Jenseits auch sündenfreie Unterhaltung mit Knaben und Alkohol in den „Gärten der Wonne“:

„Die Runde machen bei ihnen unsterbliche Knaben. Mit Humpen und Eimern und einem Becher von einem Born. Nicht sollen sie Kopfweh von ihm haben und nicht das Bewusstsein verlieren.“

Für die himmlischen Sex-Orgien werben islamische Gelehrte mit „anregenden Vaginas“ und der Manneskraft von 100 Männern. Die Märtyrer stehen nämlich mächtig unter Erfolgsdruck, denn die Zahl der Sex-Dienerinnen ist laut islamischer Tradition enorm: *„72 Huris sind euch ins Zelt gelegt. Jede dieser Frauen hat 70 Ruhebetten aus je einem roten Hyazinth, auf denen je 70 Ruhebetten liegen. Auf jedem Ruhebetten sind 70 Frauen. Jede Frau hat 1000 Dienerinnen, von denen jede eine goldene Schale trägt. Mit jeder dieser Frauen pflegt ihr Gatte so oft Umgang, wie er im Monat Ramadan Fastentage eingehalten hat.“*

Nach Adam Riese macht das 24.696.000.000 Frauen, die ein guter Moslem beglücken kann. Natürlich erneuert sich die Jungfernschaft nach jedem Beischlaf, zudem haben die Huris keine Menstruationsblutung, müssen nie auf die Toilette und sind nie schlecht gelaunt. Angesichts dieser „theologischen“ Inhalte verwundert es nicht, wenn Thomas von Aquin in seiner *Summa contra gentiles* die Muslime einst als „geistig schwache, nach sexuellen Lüsten gierende Männer“ beschrieb.

Wenn Männern die Phantasie durchgeht

Was wäre aber, wenn das Versprechen von den großäugigen Jungfrauen ein Missverständnis wäre und im Paradies lediglich reife Früchte auf die Männer warten würden? Genau dieser Frage widmet sich das umstrittene Buch *Die syro-aramäische Lesart des Koran* von Christoph Luxenberg. Luxenbergs verwegene sprachwissenschaftliche An-



Der Koran - Foto: Afshad

näherung an die „dunklen Stellen“ im Koran sorgte in den Reihen der islamischen Hardliner für große Empörung. Er tat gut daran, unter einem Pseudonym zu schreiben, denn er hatte sich am Heiligsten im Islam „vergriffen“.

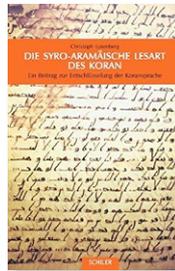
Luxenberg geht davon aus, dass Arabisch zu Zeiten Mohammeds noch keine Schriftsprache war. Die *lingua franca* im Vorderen Orient war zu dieser Zeit das Aramäische. So wurden unter den arabischen Stämmen verschiedene arabische Dialekte gesprochen, das Hocharabische und das Schriftarabisch sollten sich erst noch entwickeln.

Die Araber besaßen lediglich eine sehr defektive Schrift, eine Art Stenographie mit insgesamt 18 Schriftzeichen. Manche Buchstaben umfassten sogar fünf verschiedene Laute. Auch fehlten noch die für das später entwickelte Hocharabische typischen diakritischen Zeichen, welche mit Punkten, Häk-

chen und Strichen die Aussprache einzelner Buchstaben festlegen oder der Vokalisierung dienen. Bei einem Alphabet mit nur 18 Buchstaben sind diese Zeichen essentiell.

Die ersten Niederschriften der Koranverse sind in der geläufigen Weltsprache Aramäisch oder in dieser rudimentären arabischen Ur-Schrift verfasst worden. Durch die arabische Expansion gewann das Arabische an Einfluss und das Aramäische wurde immer stärker zurückgedrängt. Als die späteren Schreiber die gesammelten Texte einsahen und zu einem Buch zusammenstellten, waren sie mit großen Schwierigkeiten konfrontiert. Vieles ließ sich nicht mehr eindeutig zuordnen. Auch waren die Schreiber gar nicht oder nur wenig des Aramäischen mächtig.

So beinhaltet der Koran zahlreiche „dunkle Stellen“, die mangels profunder Sprachkenntnisse nicht



eindeutig übersetzt werden konnten. Dabei handelt es sich um Worte oder Sätze, die im arabischen keinen Sinn ergeben und nur durch die Interpretation *Tafsir* der islamischen Gelehrten erklärt werden konnten. Luxenberg schätzt den Umfang der „dunklen Stellen“ auf etwa ein Viertel des Korantextes ein.

Das Aramäische und das Arabische sind beides semitische Sprachen. Viele Wörter haben die gleiche Bedeutung, andere aber haben zwar die gleiche Schreibweise, jedoch verschiedene Bedeutung. Luxenberg zählt im Koran etwa 400 syro-aramäische Begriffe. Damit rückt er diverse relevante Schlüsselstellen in ein anderes Licht. Auch das Wort „Huri“, das allgemein als Paradiesjungfrau bekannt ist, soll ursprünglich das Aramäische „Hur“ gewesen sein, das mit „weiße Weintrauben“ zu übersetzen sei.

Eine christlich-jüdische Sekte?

Mangelnde Sprachkenntnisse und überschäumende Phantasie der Schreiber und Gelehrten haben laut Luxenberg also aus harmlosen Früchten Jungfrauen und Jünglinge gemacht. Ob sich todessehnsüchtige islamische Selbstmordattentäter für Obst in die Luft sprengen würden, ist mehr als fraglich. Dem gewaltbereiten radikalen Islam würde jedenfalls

schwerer Schaden zugefügt, sollte an Luxenbergs Spekulationen etwas dran sein.

So behauptet Luxenberg sogar, dass der Koran selbst aus dem Aramäischen *Qeryana* stammen würde. Das *Qeryana* war ein liturgisches Buch mit Gebeten und Erzählungen aus der Bibel. Der Koranforscher spekuliert, dass der mekkanische Koran ursprünglich ein christlich-liturgisches Buch war. Es sollte ursprünglich nicht die Thora und das Evangelium ersetzen, sondern den Arabern die Schriften in ihrer Sprache näherbringen. Auf der einen Seite sind viele intellektuelle Muslime von Luxenbergs Arbeit begeistert und fordern eine aufgeklärte Debatte über die möglichen Ursprünge des Koran. Auf der anderen Seite erkennen konservative Gläubige darin einen Frontalangriff auf die Grundfesten des Islam. Luxenbergs Theorie, dass der Koran jedenfalls christliche Wurzeln habe, wird auch vom deutsch-libanesischen Islamwissenschaftler Ralph Ghadban unterstützt:

„Was hier totgeschwiegen wird ist, dass der Islam im Grunde genommen eine jüdisch-christliche Sekte ist, deren Anliegen eine Übersetzung der Bibel ins Arabische ist, um den Monotheismus unter den Arabern zu verbreiten. Damit wird die ganze islamische Religion in Frage gestellt.“

Gunnar Heinsohn: Geburtendefizit und wirtschaftliches Langzeitrisiko

Von Christoph Colak



Europa altert. Diese Erkenntnis ist zwar nicht neu, die Lösungsansätze um jener Problematik Herr zu werden, die unserer Generation möglicherweise ein Arbeitsleben bis an Sterbebett beschert, sind jedoch rar. Von den herrschenden Eliten wird eine Verjüngungskur mittels Zuwanderung favorisiert, die für jedermann ersichtlich bereits umgesetzt wird. Prof. Gunnar Heinsohn geht in seiner Schrift *Geburtendefizit und wirtschaftliches Langzeitrisiko* nicht nur auf die Ursachen der Überalterung ein, sondern beschreibt auch trefflich, warum Migration in ihrer derzeitigen Form keine Problemlösung darstellen kann und welche Alternativen es gäbe.

„Lohnabhängige stehen nicht in einem ökonomischen Generationenvertrag. Lohnabhängige haben also keine wirtschaftlichen Interessen an eigenen Kindern.“

Der überwiegende Teil der Bevölkerung in entwickelten Industriestaaten ist lohnabhängig, also Arbeitnehmer. Nur die wenigsten befinden sich in traditionellen Strukturen, wo der eigene Betrieb oder Hof an den Nachwuchs übergeben wird und die Eltern im Alter und bei Krankheit versorgt. Die Notwendigkeit, sich selbst abzusichern, bedingt aber einen Konkurrenzkampf auf dem Arbeitsmarkt, der mit höherer Qualifizierung und daher besser bezahltem Arbeitsplatz nur härter wird.

Da es heutzutage aufgrund des Lohnniveaus nahezu unmöglich ist, als Alleinverdiener die ganze Familie zu versorgen, müssen auch Frauen ihre jungen Jahre für den Fortschritt ihrer Kar-

riere einsetzen – auch im Hinblick darauf, dass nur jene Frauen dem modernen Geschlechterideal entsprechen, bei denen sich am Monatsende eine möglichst hohe Summe auf der Gehaltsabrechnung wiederfindet. Dass dabei in Staaten mit bis zu 95%-Anteil an Lohnarbeitern die Geburtenrate unter der zur Selbsterhaltung des Staatsvolkes nötigen Rate von 2,1 Kindern pro Frau liegt, ist die logische Konsequenz. Laut Heinsohn sind die finanziellen Anreize immerhin ein Grund, warum die Geburtenrate Deutschlands mit 1,41 noch weit vor Südkorea mit 1,21 oder Singapur mit 0,78 liegt.

Immigranten für den Arbeitsmarkt

Von den notwendigen Kindern kommen also nur etwa 65 von 100 zur Welt. Von diesen 65 geborenen Kindern wiederum scheitern 25 schon in frühen Jahren im Bildungssystem, wie mangelhafte



Die prekäre Faktenlage ist mittlerweile auch der Politik bekannt. Man versucht, mit nicht ganz so neuen Methoden entgegenzuwirken: Kinderkrippen für bereits Einjährige, also möglichst frühe Erziehung durch geschulte Pädagogen, sollen die Defizite ausgleichen. Gleichwohl werden wir erst nach zehn bis fünfzehn Jahren wissen, ob unsere krippengeschulten Migrantenkinder bei PISA den Südkoreanern tatsächlich das Fürchten lehren.



PISA-Ergebnisse nahelegen. Langfristig werden hochentwickelte Länder ihr wirtschaftliches Niveau und ihre sozialstaatliche Versorgung aber nur halten können, wenn sie einen Vorsprung an Technologie und hochqualifizierten Arbeitskräften haben.

In Heinsohns Worten: *„Alles was Politiker den eigenen Alten, den lebenslangen Maltherversagern, den Boatpeople aus Afrika, den Flüchtlingen aus dem Islambogen, den Griechen und Bulgaren oder Portugiesen und Kroaten versprechen, sollen unsere 40 von 100 benötigten Aufrechten bezahlen. Während verständlicherweise alle Augen und Medien auf den Hilfsbedürftigen ruhen, denkt fast niemand an ihre Finanzierer.“*

Um das Problem der fehlenden, vor allem qualifizierten, zukünftigen Arbeitskräfte in den Griff zu bekommen, wird auf Immigration als Lösung gesetzt. So liegen bei sogenannten kinderreichen Familien (ab 4 Sprösslingen) Türken viermal, Araber und Afrikaner sogar siebenmal höher als die Alteingesessenen. Ein Erfolg, möchte man meinen, doch der Schein trügt: Kinder mit Migrationshintergrund bleiben besonders häufig ohne Schulabschluss und erwerben überproportional oft lediglich

einen Hauptschulabschluss, wie der deutsche Bildungsbericht 2016 zeigt. Der Fachkräftemangel in den MINT-Fächern wird auf diese Weise also nicht ausgeglichen werden können.

Die prekäre Faktenlage ist mittlerweile auch der Politik bekannt. Man versucht, mit nicht ganz so neuen Methoden entgegenzuwirken: Kinderkrippen für bereits Einjährige, also möglichst frühe Erziehung durch geschulte Pädagogen, sollen die Defizite ausgleichen. Gleichwohl werden wir erst nach zehn bis fünfzehn Jahren wissen, ob unsere krippengeschulten Migrantenkinder bei PISA den Südkoreanern tatsächlich das Fürchten lehren. Man darf zwar nicht verschweigen, dass im Laufe der Jahre das Bildungsniveau bei Zugewanderten langsam näher an das der Alteingesessenen herangerückt ist. Anstatt den Assimilationsprozess aber staatlich zu unterstützen, wird er behindert.

So ist die Migration aus bildungsfernen Ländern weiterhin hoch und erhöht den Anteil an förderbedürftigen Schülern stetig. Dass es auch anders geht, zeigen Australien und Kanada: Während in Australien eine gezielte Migrationspolitik funktioniert und die Anzahl illegaler Menschenhändler-Schiffe gegen Null tendiert, wurde Kanada zum ersten



Erleichterungen für die lohnabhängige Bevölkerung und damit die Leistungsträger im Fall einer Familiengründung bei gleichzeitiger Wertschätzung sind dringend geboten. Unzählige Milliarden für die Förderung von nachhängenden Schülern sind zwar sehr human und bringen geringfügige Verbesserungen, dennoch sind es die klügsten Köpfe, die Kreativität, technologischen Fortschritt und Innovationen ermöglichen.



Land der Welt, in dem Kinder von Einwanderern bei PISA-Tests besser abschnitten als einheimische.

Der *War for Foreign Talents* wird in Wahrheit längst gnadenlos geführt und entscheidet darüber, ob ein Staat seinen derzeitigen Status als hochwertiger Standort halten kann oder nicht. Um nicht ins Hintertreffen zu geraten, fordert Heinsohn daher eine Auswahl unter den Personen zu treffen, die ins Land gelassen werden, denn es brauche eine Politik, um die bestmöglichen Kräfte aus dem Ausland zu gewinnen.

Der Krieg um die Talente

Dazu ist aber nicht nur eine Selektion der intelligentesten Köpfe erforderlich. Diesen Menschen müssen auch die notwendigen Rahmenbedingungen geboten werden, damit sie überhaupt kommen wollen. Diese These scheint durch die Schweiz bestätigt, die zwar einerseits die größte Migrationsquote in Europa aufweist, jedoch ebenfalls den größten Prozentsatz an Schulkindern im obersten Mathematik-Leistungssektor für sich verbuchen kann.

„Auf Dauer dürften dabei nur solche Territorien erfolgreich anwerben, die ihre Freiheit von Terror,

Überfremdung und Überbesteuerung auch durch militärischen Schutz ihrer Grenzen als dauerhafte Standortvorteile verbürgen können.“

Es wäre wünschenswert, wenn Heinsohns treffende Darstellung der Ist-Situation Eingang in die öffentliche Diskussion über die Zukunft des Sozialstaates finden würde. Erleichterungen für die lohnabhängige Bevölkerung und damit die Leistungsträger im Fall einer Familiengründung bei gleichzeitiger Wertschätzung sind dringend geboten. Unzählige Milliarden für die Förderung von nachhängenden Schülern sind zwar sehr human und bringen geringfügige Verbesserungen, dennoch sind es die klügsten Köpfe, die Kreativität, technologischen Fortschritt und Innovationen ermöglichen. Dass man sich um diese Gruppe verstärkt bemühen sollte, anstatt noch größere Lasten auf ihre Schultern zu legen, zeigen die Erfolge anderer Nationen.

Dass Heinsohn mit der Diskussion über Intelligenz und der damit verbundenen Klassifizierung von Menschen ein Tabu bricht, mag in der heutigen Konkurrenz um hochqualifizierte Arbeitskräfte notwendig sein, um den Staat an seine Hauptaufgabe zu erinnern: Die Sicherung des Wohls seiner eigenen Bevölkerung.

Adharas Stimme



Auf ein Wort noch, lieber Leser! Bevor Sie den *Attersee Report* schließen, gestatten Sie mir, mich Ihnen noch vorzustellen. Mein Name ist Adhara und ich soll, glaubt man den alten Märchen, als eine Nixe einst im Attersee meinen Wohnsitz gehabt haben. Fake News, meinen Sie? Wie voreilig, meine ich! Sieht man das Glitzern und Funkeln meiner Schuppen denn nicht immer noch im Wasser?

Sie werden sagen: Solche Märchen glaube ich nicht, ich glaube ja auch nicht die Märchen der Nachrichtensendungen! Aber letztere Märchen ändern sich Tag für Tag. Ich dagegen bin beständig, wenn auch nur ein Stück Volksglaube und schon halb vergessen. Aber ist es nicht so mit allem Glitzern und Funkeln aus der Vergangenheit? Halb vergessen ist, woher es kommt, aber immer noch liegt genug Glanz in dem, was davon übrig ist.

Es ist zuletzt der Lauf des Seins, dass alles wieder vergehen muss – und der Trost der Menschen, dass sie selbst durch ihre Kinder je nicht ganz zu vergehen scheinen, dass alles Liebenswerte ihrer Kultur pflegliche Erben finden mag. Aber was, wenn es keine Kinder mehr gibt? Oder die Kinder

sich von ihrem Erbe abwenden? Sterben die Menschen dann wirklich? Gehört dann alles, was sie waren, fühlten, dachten, erkannten, bewirkten und vollendeten, zu den Schönheiten der Vergangenheit, deren Zeugnisse im besten Falle noch langsam in Archiven verrotten?

Zur Auseinandersetzung mit diesem Gedanken: dem (un)vermeidlichen Untergang des Abendlandes, erlaubt sich der *Attersee Report* hiermit einen Textwettbewerb auszuschreiben. Es können verschiedenste Textgattungen – Gedichte, Kurzgeschichten, Reflexionen, Dialoge usw. – eingereicht werden. Die Teilnahmefrist endet mit dem 31.12.2017. Als Gewinn sind 1.000,- Euro in Büchergutscheinen ausgelobt, die unter den drei erstgereihten Teilnehmern aufgeteilt werden.

Darüber hinaus aber ergeht auch ein Aufruf an alle Personen, die den Atterseekreis als freiheitliche Denkfabrik durch ihre Diskussionsbeiträge und ihre Expertise unterstützen wollen, oder die in zukünftigen Publikationen gerne mitwirken würden, dem wissenschaftlichen Beirat des Atterseekreises beizutreten.

Einen erbaulichen Nachsommer und raunende Grüße aus den kühlen Tiefen des Attersees!

Adhara

Impressum



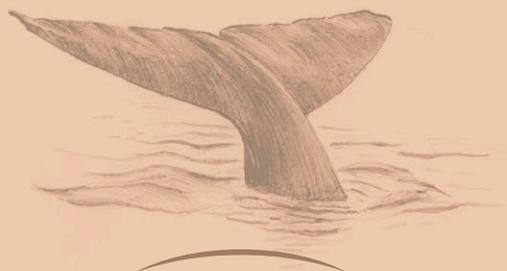
Medieninhaber: Freiheitlicher Arbeitskreis Attersee · Herausgeber: Mag. Norbert Nemeth · Blütenstraße 21/1, A-4040 Linz/Donau, Tel.: (0732) 736426, E-Post: verein@atterseekreis.at · Redaktionelle Gestaltung: Jörg Mayer, Blütenstraße 21/1, 4040 Linz, Tel.: (0732) 73 64 26, E-Post: joerg.mayer@fpoe.at · Graphikdesign & Bildredaktion: bucero.rihl, E-Post: bucero@rihl.at

www.attersee-forum.at

Der Attersee Report behandelt Fragen von gesellschaftlicher und politischer Bedeutung. Er ist ein Produkt des Vereins Freiheitlicher Arbeitskreis Attersee. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren wieder und liegen in ihrer Verantwortung. Die Beiträge bewegen sich innerhalb der gesetzlichen Grenzen der Meinungsfreiheit.

Bildnachweis/Copyright: S. 1, 3, 5, 52: Hejduk/Österreichische Nationalbibliothek · S. 2: Lori Nix/Galerie Klüser · S. 4, 6/7: Hejduk/Österreichische Nationalbibliothek · S. 10: Wikimedia Commons · S. 13: Dora Mittenzwei · S. 16: Wikimedia Commons/Jebulon · S. 4, 18/19: Parlamentsdirektion/Stefan Olah · S. 20, links: Parlamentsdirektion/Stefan Olah · S. 20, rechts: Parlamentsdirektion/Mike Ranz · S. 27: Photocase/nicography · S. 4, 28/29: Pixabay/GAD-BM · S. 30: Pixabay/Heiko Behn · S. 33: Photocase/mvmediendesign · S. 4, 34/35: Museum Kunstpalast – Walter Klein – Artothek · S. 41: iStock/Bill Oxford · S. 42/43: Shutterstock/Mainlake · S. 45: Pixabay/Afshad · S. 50/51: Photocase/willma... · Illustrationen auf S. 1, 27, 33, 39, 41, 50, 52: bucero.rihl

Herzlichen Dank an die Österreichische Nationalbibliothek, Dora Mittenzwei sowie an die Parlamentsdirektion.



Atterseekreis

frei denken

www.attersee-forum.at

Österreichische Post AG

Sponsoring.Post

14Z040199 S